

N Rb. 83.



ESTICA

A 256

A. 256

191

Die civilprocessualischen Normen

des Reichsrathsgutachtens vom 3. Juni 1886

und

ihre Anwendung

auf

den Civilproceß nach livländischem Landrecht

von

Acc. 62641.

Professor Dr. Oswald Schmidt.

Biblioth.
Academ.
Dorpat.

Dorpat.

Schnakenburg's Verlag.
1889.

Дозволено Цензурою. — Дерптъ, 9. Февраля 1889 г.

Est.

TRU Maamatukogu

192



Schnakenburg's Buchdruckerei. — Dorpat 1889.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
§ 1. Das Reichsrathsgutachten vom 3. Juni 1886	1
§ 2. Leitende Grundsätze für die Anwendung des Reichsrathsgutachtens vom 3. Juni 1886	4
§ 3. Auf welche von den in Liv-, Est- und Curland bestehenden Gerichten ist die im Reichsrathsgutachten von 1886 gebrauchte Bezeichnung Gerichte erster und Gerichte zweiter Instanz zu beziehen	4
§ 4. Was ist unter den im Reichsrathsgutachten von 1886 erwähnten nichtstreitigen Sachen zu verstehen	6
§ 5. Ueber das Verhältniß der civilproccualischen Normen des Reichsrathsgutachtens von 1886 zu den summarischen Proceßten und dem Concurßproceß, sowie zu den besondern Proceßten der in den Ostseegouvernements bestehenden Sondergerichte	8
I. Gemeinsame Bestimmungen für die Gerichte erster und zweiter Ordnung	11
§ 6. Fristbestimmungen für das Erscheinen des Beklagten vor Gericht	11
§ 7. Die öffentliche Schlußverhandlung	13
§ 8. Der Beschluß und das Urtheil und deren Bekanntmachung	16
§ 9. Mittheilung der Urtheile an Kronsverwaltungen und an den Gouvernementsprocureur	17
§ 10. Beitreibung der Stempelsteuer	19
II Besondere Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Gerichte erster Ordnung	20
A. Die Appellation an das Hofgericht	20
§ 11. Voraussetzungen und Wirkungen	20
§ 12. Das Appellationsverfahren bei dem Unterrichter	22
§ 13. Das Appellationsverfahren bei dem Hofgerichte	25

B. Die Beschwerde	Seite 27
§ 14. Uebersicht	" 27
§ 15. Die Sonderbeschwerde	" 29
§ 16. Die Sonderbeschwerde über Verfügungen der Gerichte in Vormundschaftsachen, sowie über Verfügungen der Gouvernementsregierungen und der Polizeibehörden in Justizsachen	" 32
§ 17. Wirkungen der Sonderbeschwerde	" 33
§ 18. Die Frist für Einreichung der Sonderbeschwerde und Folgen der Veräumnis	" 34
§ 19. Das Verfahren	" 36
III. Besondere Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Gerichte zweiter Ordnung	" 38
A. Die Appellation an den Dirigirenden Senat	" 38
§ 20. Voraussetzungen und Wirkungen	" 38
§ 21. Das Verfahren	" 39
§ 22. Die Sonderbeschwerde an den Dirigirenden Senat	" 42
§ 23. Form der an den Dirigirenden Senat zu richtenden Gesuche	" 44
Anhang	" 48
§ 24. Die in den Quellen des livländischen Landrechts erwähnten nichtstreitigen Sachen	" 48
§ 25. Fortsetzung	" 51

Einleitung.

§ 1.

Das Reichsrathsgutachten vom 3. Juni 1886.

Nach Emanirung der den Civilproceß, den Criminalproceß und die Gerichtsverfassung reformirenden Justizgesetze vom 20. November 1864, ordnete der Allerhöchste Befehl vom 19. October 1865 an, daß dieselben im Laufe von vier Jahren, gerechnet vom Jahre 1866 ab, in den nach der allgemeinen Ordnung verwalteten Gouvernements, sowie im Gebiete von Bessarabien eingeführt werden sollten. Um die Verhandlung und Beendigung der in den bestehenden Gerichten anhängigen Sachen zu beschleunigen und auf diese Weise den Uebergang zur Justizreform zu erleichtern¹⁾, waren mittelst des Allerhöchsten am 11. October 1865 bestätigten Reichsrathsgutachtens Abänderungen und Ergänzungen zu dem Proceß und der Geschäftsführung in den Gerichten der alten Ordnung veröffentlicht und sogleich in den nach der allgemeinen Ordnung verwalteten Gouvernements und in Bessarabien in Wirksamkeit gesetzt worden. Hinsichtlich der Ostseegouvernements bestimmte das erwähnte Reichsrathsgutachten, daß die Anpassung der in demselben enthaltenen Regeln auf den Proceß in den baltischen Gouvernements späterer Anordnung vorbehalten bleibe.

Nachdem hiernächst die abgesonderte Einführung der Friedensrichter-Institutionen in den Ostseeprovinzen in Aussicht genommen war, wurden

1) Судебные уставы 20 Ноября 1864 года съ изложениемъ разсуждений, на коихъ они основаны. Изданіе государственною канцеляріею. Спб. 1867. Часть V. стр. 1.

mittelt Reichsrathsgutachtens vom 28. Mai 1880, außer den Gesetzen über Organisirung der Friedensgerichte, speciell für die Ostseeprovinzen ebenfalls Regeln wegen Abänderung und Ergänzung der den Proceß und den Geschäftsgang betreffenden Gesetze publicirt. Da jedoch die projectirte Einführung der Friedensrichter-Institutionen unterblieb, so fanden auch die abändernden und ergänzenden Regeln des Reichsrathsgutachtens von 1880 auf den Proceß der Ostseeprovinzen keine Anwendung, bis endlich ein Allerhöchst am 3. Juni 1886 bestätigtes Reichsrathsgutachten erfolgte, welches vorläufig von der Reorganisation der Gerichte in den Ostseeprovinzen absah, dagegen aber die in dem Reichsrathsgutachten von 1880 enthaltenen Regeln wegen Abänderung und Ergänzung der Gesetze über das Gerichtsverfahren und die Geschäftsführung, sowie über die Rechte und Pflichten der Procuratur, mit den in Folge des Unterbleibens der Einführung der Friedensrichter-Institutionen nothwendig gewordenen Abänderungen vom 1. Juli 1886 ab in den baltischen Gouvernements in Wirksamkeit setzte.

Das Allerhöchst am 3. Juni 1886 bestätigte Reichsrathsgutachten besteht aus einer Zusammenstellung verschiedener Gesetze. Den Hauptbestandtheil bilden die aus dem Reichsrathsgutachten von 1880 entlehnten, zum Theil jedoch abgeänderten Artikel, an den sich eine Anzahl neuer Vorschriften anschließt. Alle genannten Gesetze werden durch eine Reihe von Artikeln ergänzt, die dem Reichsrathsgutachten vom 11. October 1865 und dem Swod der Reichsgesetze entlehnt sind. Dem Gegenstande nach betrifft das Reichsrathsgutachten von 1886 den Criminalproceß, den Civilproceß, die Justizverwaltung und die procuratorische Aufsicht.

Auf den Civilproceß insbesondere beziehen sich von den Vorschriften des Reichsrathsgutachtens von 1880 die Artikel 22 bis 41, 46 und 49. Von diesen Artikeln sind jedoch die Artikel 22 und 38, welche auf die Friedensrichter-Institutionen Bezug nahmen, aufgehoben und die Artikel 39 und 40, welche von dem Verfahren vor den Gerichten zweiter Instanz und den Rechtsmitteln gegen Entscheidungen derselben handeln, abgeändert worden. Ferner haben den Civilproceß zum Gegenstande die Art. 91 bis 94, 96 bis 100, 105, 112, 114 bis 117, 120 und 123 des Reichsrathsgutachtens von 1865, sowie die Artikel 447

bis 456, 460, 470 bis 472, 476 und 477 des Swod Bd. X. Abth. 2, Ges. über Civilgerichtsverfahren und Beitreibungen, Ausgabe von 1876.

Was die Quellen des Reichsrathsgutachtens vom 28. Mai 1880 betrifft, so liegen den civilproceßualischen Vorschriften desselben, wenn man von den aufgehobenen Artikeln 22 und 38 und den abgeänderten Artikeln 39 und 40 abieht, zum größten Theile Bestimmungen des Reichsrathsgutachtens von 1865 und in einigen Fällen Vorschriften der Reichscivilproceßordnung von 1864 zu Grunde, die jedoch meistens behufs ihrer Anpassung auf den Proceß der Ostseeprovinzen mehr oder weniger modificirt sind. Es entsprechen:

Art. 23 des RRG. v. 1880	dem Art. 82 u. 83 des RRG. v. 1865
" 24 " " " " " " "	95 " " " "
" 25 " " " " " " "	700 u. 703 der Reichscivilpr. Ord. v. 1864
" 26 " " " " " " "	701 d. Reichscivilpr. Ord. v. 1864
" 27 " " " " " " "	702 " " " " "
" 28 " " " " " " "	102 des RRG. v. 1865
" 29 " " " " " " "	104 " " " "
" 30 " " " " " " "	106 " " " "
" 31 " " " " " " "	110 " " " "
" 32 " " " " " " "	111 " " " "
" 33 " " " " " " "	113 " " " "
" 34 " " " " " " "	118 " " " "
" 35 " " " " " " "	121 " " " "
" 36 " " " " " " "	122 " " " "
" 37 " " " " " " "	124 " " " "
" 41 " " " " " " "	119 " " " "
" 49 " " " " " " "	343 d. Reichscivilpr. Ord. v. 1864

§ 2.

Leitende Grundsätze für die Anwendung des Reichsrathsgutachtens vom 3. Juni 1886.

Das Reichsrathsgutachten von 1886 enthält nur einzelne abändernde und ergänzende Bestimmungen in Beziehung auf den Proceß der Ostseeprovinzen. Es folgt daraus:

1) Daß das in Liv-, Est- und Kurland bisher geltende Proceßrecht soweit unverändert fortbesteht, als es nicht durch das neue Gesetz nachweislich abgeändert oder ergänzt worden ist und

2) daß das neue Gesetz als ein correctorisches strikte zu interpretiren ist.

§ 3.

Auf welche von den in Liv-, Est- und Kurland bestehenden Gerichten ist die im Reichsrathsgutachten von 1886 gebrauchte Bezeichnung Gerichte erster und Gerichte zweiter Instanz zu beziehen.

Ueber den Gebrauch des Ausdrucks: „Gerichte zweiter Instanz“ kann kein Zweifel obwalten, denn das Reichsrathsgutachten von 1886 citirt in dem Art. 39 offenbar zur Erläuterung dieses Ausdrucks ausschließlich solche Artikel des Provinzialrechts, Bd. I, Behördenverfassung, in denen die dem Senate unmittelbar untergeordneten Gerichte genannt werden. Da das Gesetz bei Bestimmung des Ausdrucks Gerichte zweiter Instanz völlig davon absieht, ob diese Gerichte in einer daselbst anhängigen Sache in erster oder in zweiter Instanz handeln, so ergiebt sich daraus, daß der Ausdruck Gerichte zweiter Instanz die Bezeichnung für die Stufenfolge ist, welche ein Gericht im Behördenorganismus in Beziehung auf seine Unterordnung, bezw. Ueberordnung einnimmt. Der Ausdruck Gerichte zweiter Instanz ließe sich daher zur Vermeidung von Mißverständnissen zweckmäßig durch „Gerichte zweiter Ordnung“ wiedergeben. Diese Gerichte sind: das Hofgericht in Livland, das Oberlandgericht in Estland, das Oberhofgericht in Kurland, der

rigasche und der revalsche Rath, sowie das Hofgerichtsdepartement in Bauerfachen in Livland und das Bauerdepartement bei dem öfelschen Landrathscollegium. — Entsprechend der Begriffsbestimmung der Gerichte zweiter Instanz können Gerichte erster Instanz oder vielmehr erster Ordnung nur solche sein, die nach der innerhalb der Behördenverfassung festgestellten Stufenfolge unmittelbar den Gerichten zweiter Instanz oder zweiter Ordnung unterstellt sind. Die Anwendung dieser Bezeichnung bietet jedoch insofern Schwierigkeiten, als dem Hofgerichte in Livland, dem Oberlandgerichte in Estland und dem Oberhofgerichte in Kurland in einigen der kleinen Städte nicht eine, sondern zwei Instanzen, nämlich der Magistrat und das Vogteigericht untergeordnet sind. Diese Städte sind in Livland: Dorpat, Pernau und Arensburg, in Estland: Hapsal und in Kurland: Mitau, Libau, Windau, Goldbingen, Bauske und Hofenpoth. Man könnte nun meinen, daß das Gesetz die bisherigen zwei Instanzen in den kleinen Städten habe beseitigen und nur noch eine Instanz zulassen wollen. Eine solche Annahme ist aber aus dem Grunde unzulässig, weil das Reichsrathsgutachten von 1886 nur die Abänderung und Ergänzung der auf den Proceß bezüglichen Gesetze, nicht aber auch eine Abänderung der Gerichtsorganisation zum Gegenstande hat. Ebensovienig erscheint es zulässig den Ausdruck: „erste Instanz“ in den genannten kleinen Städte sowohl auf den Rath als das Vogteigericht zu beziehen. Denn der Ausdruck „Instanz“ ist die technische Bezeichnung für die Ueber- und Unterordnung der Gerichte und können daher zwei Gerichte, die verfassungsmäßig in diesem Verhältnisse zu einander stehen, wie die Vogteigerichte und Magistrate in den kleinen Städten, unmöglich als Gerichte einer Instanz bezeichnet werden. Daraus folgt, daß die in dem Reichsrathsgutachten von 1886 für die Gerichte erster Instanz angeordneten Abänderungen und Ergänzungen nur für die unmittelbar dem Hofgerichte in Livland, dem Oberlandgerichte in Estland und dem Oberhofgerichte in Kurland, sowie den Räten in Riga und Reval untergeordneten Gerichte Geltung haben, das Verfahren der Vogteigerichte in den genannten kleinen Städten aber nicht berühren.

§ 4.

Was ist unter den im Reichsrathsgutachten von 1886 erwähnten nichtstreitigen Sachen zu verstehen?

Nach gemeinem sowohl als nach provinziellem Rechte ist den Gerichten außer ihrer Thätigkeit in streitigen Sachen (*causae contentiosae*) eine solche auch in nichtstreitigen Sachen (*causae non contentiosae*) zugewiesen. Dahin gehört die mehr verwaltende, die Verhütung künftiger Rechtsverletzungen bezweckende Thätigkeit der Gerichte bei Ordnung von Rechtsverhältnissen, namentlich aber die den Gerichten überwiesene obervormundschaftliche Fürsorge, sowie die Mitwirkung bei Rechtsgeschäften und anderen Rechtsangelegenheiten nichtstreitiger Art¹⁾. Diese Thätigkeit der Gerichte bildet den Gegenstand der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit (*jurisdictio voluntaria*), die es niemals mit der Entscheidung von Rechtsfragen unter streitenden Parteien, sondern nur mit Anordnungen zu thun hat, die der Richter von amtswegen oder auf Antrag eines oder mehrerer Interessenten trifft. Da aber die Anordnungen des Richters für die Interessenten beschwerend sein können, so wird denselben ein Recurs oder eine Beschwerde, früher gewöhnlich Extrajudicialappellation genannt, gestattet, bei der jedoch nicht etwa ein anderer Geschäftsinteressent, sondern der Richter Gegner ist.

In einem ganz anderen Sinne handelt das ältere Reichsrecht von nichtstreitigen Sachen. Nach demselben (Ewod Bd. X Abth. 2, Gesetz über das Civilverfahren und Beitreibungen, Ausgabe von 1857) zerfällt der Civilproceß in einen solchen in streitigen und einen in nichtstreitigen Sachen. Letzterer wird auch polizeiliches Verfahren oder Vollstreckungsverfahren (*порядокъ исполнительный*) genannt und greift in Spolienfachen (*дѣла по обидамъ, по ущербамъ имуществъ и по завладению*), sowie in Forderungssachen aus gewissen Schuldurkunden (Leihbriefen, Wechselln u. a.) Platz. Es besteht im Wesentlichen darin, daß in diesen Sachen die Polizei, ohne daß ein gerichtliches Erkenntniß vorhergegangen ist, die stattgehabte Besitzstörung sofort von sich aus besei-

1) W. S. Buchta, Handbuch des gerichtlichen Verfahrens in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Zweite Auflage. Erlangen 1831, S. 24.

tigt oder die Forderung auf Requisition des Gerichts, bei welchem die betreffenden Schuldurkunden übergeben worden, in dem Vermögen des Schuldners sicherstellt, beziehungsweise aus demselben beitreibt. Daher sagt das Reichsrecht, daß in unstreitigen Sachen das gestörte Recht durch unmittelbare Anwendung und Erfüllung des Gesetzes wiederhergestellt werde (l. c. Art. 1) d. h. daß es zur Wiederherstellung desselben nicht eines vorhergehenden richterlichen Urtheils bedarf. Falls die Betheiligern sich nicht bei den Anordnungen der Polizei beruhigen wollen, steht es ihnen frei sich binnen bestimmter Frist mit einer Klage an das competente Gericht zu wenden und dessen Entscheidung über streitige Fragen unter Beibringung ihrer Beweise herbeizuführen. Eine Appellation von den Anordnungen der Polizei an das Gericht ist nicht gestattet. Der Reichscivilproceß von 1864 hat diesen sogenannten Civilproceß in nichtstreitigen Sachen beseitigt, handelt dagegen von nichtstreitigen Sachen im Sinne des gemeinen Rechts in dem Abschnitt über das Sicherungsverfahren (*судопроизводство охранительное* Art. 1401—1460).

Dem provinziellen Recht ist der dem älteren Reichsrecht angehörige Proceß in nichtstreitigen Sachen völlig fremd geblieben, dagegen handeln, wie in dem Anhang § 24 näher nachgewiesen werden soll, sowohl der erste als der dritte Band des Provinzialrechts sehr ausführlich von nichtstreitigen Sachen im Sinne des gemeinen Rechts. Wenn in dem Art. 31 Pkt. 13 des Reichsrathsgutachtens von 1880, welcher nicht dem Reichsrathsgutachten von 1865 entlehnt, sondern speciell für die Ostseeprovinzen hinzugefügt ist, der Anordnungen und Verfügungen „der Gerichte“ in nichtstreitigen Sachen Erwähnung geschieht, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmung nur auf die nichtstreitigen Sachen im Sinne des gemeinen und provinziellen Rechts, nicht aber auf den, dem Provinzialrecht unbekannten Civilproceß in nichtstreitigen Sachen im Sinne des älteren Reichsrechts zu beziehen sei¹⁾.

1) Vgl. dagegen Schiemann, ein Beitrag zur Interpretation der durch das Allerhöchste am 3. Juni 1886 bestätigte Reichsrathsgutachten für die Ostseegouvernements eingeführten Gesetze, Mitau 1886, sowie die darauf erfolgte Entgegnung von Seraphim und die von beiden Theilen gewechselten Schlußschriften.

Ueber das Verhältniß der civilproceßualische Normen des Reichsrathsgutachtens von 1886 zu den summarischen Proceßten und dem Concursproceß, sowie zu den besonderen Proceßten der in den Oesterreichischen Monarchien bestehenden Sondergerichte.

Obgleich der reformirte Civilproceß von 1864 ein verkürztes Verfahren (сокращенное производство, Art. 348—365) kennt, das sich ähnlich, wie der unbestimmt oder regulär summarische Proceß des gemeinen und provinziellen Proceßes zu dem ordentlichen Proceß verhält, so sind doch aus diesem Abschnitt des Reichsprocesses keine Bestimmungen in das Reichsrathsgutachten von 1886 übergegangen. Ebenso wenig hat das sog. polizeiliche oder Vollstreckungsverfahren des älteren Reichsrechts Berücksichtigung gefunden, obgleich dasselbe in dem Reichsrathsgutachten von 1865 einen besonderen Abschnitt desselben gebildet hatte. Sind demnach nur Vorschriften des ordentlichen Civilprocesses in das Reichsrathsgutachten von 1886 übergegangen, so können dieselben auch nur auf den ordentlichen Civilproceß des Provinzialrechts bezogen werden, soweit nicht etwa eine Ausnahme ausdrücklich gemacht worden. Eine stillschweigend beabsichtigte Ausdehnung der Normen des Reichsrathsgutachtens von 1886 auf die summarischen Proceßte ist schon durch die Rechtsregel ausgeschlossen: *lex posterior generalis non derogat legi priori speciali* oder, wie die römischen Juristen sich ausdrücken: *in toto jure generi per speciem derogatur et illud potissimum habetur, quod ad speciem directum est* (l. 80 D. de R. J. 50, 17). Die entgegengesetzte Annahme führt zu den größten Unzuträglichkeiten. So z. B. würde die jedesmal acht Tage vorher bekannt zu gebende öffentliche Schlussverhandlung, sowie der Umstand, daß das neue Gesetz das für die summarischen Proceßte unentbehrliche und auch für das abgekürzte Verfahren des reformirten Reichsprocesses von 1864 (Art. 364) zugelassene Rechtsmittel der Appellation ohne Suspensiveneffekt nicht kennt, den Erfolg der summarischen Proceßte häufig, namentlich in Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, illusorisch machen. Gleichwohl bedarf die so eben nachgewiesene Unanwendbarkeit des Gesetzes von 1886 auf die summarischen Proceßte einer Einschränkung. Der summarische Proceß tritt näm-

lich nur bei der Verhandlung in erster Instanz als eine zweite Gattung des Verfahrens neben den ordentlichen Proceß (Endemann, das deutsche Civilproceßrecht, Heidelberg 1868 § 260). In der zweiten Instanz fällt dagegen die Verschiedenheit mit Ausnahme dessen weg, daß der summarische Proceß in gewissen Fällen eine vom Unterrichter ohne Suspensiveneffekt nachzugebende Appellation kennt. Es folgt daraus, daß die für den ordentlichen Proceß gegebenen Vorschriften des Reichsrathsgutachtens von 1886 zwar nicht in der ersten Instanz, wohl aber in der Rechtsmittelinstanz auch auf den summarischen Proceß Anwendung finden, jedoch mit Berücksichtigung dessen, daß dem Richter erster Instanz das Recht gewahrt bleibt, in Sachen, in denen Gefahr im Verzuge ist, das Urtheil sofort in Erfüllung zu setzen und im Falle einer Appellation den Suspensiveneffekt zu versagen. Hiernach können summarische Sachen gegenwärtig nur mit der Sonderbeschwerde oder der Appellation angefochten werden und zwar mit der Sonderbeschwerde, wenn einer der im Art. 31 des Reichsrathsgutachtens von 1880 angeführten Fälle in Beziehung auf einen Zwischenbescheid eintritt, mit der Appellation aber, wenn es sich um ein Endurtheil handelt, wobei dem Unterrichter gleichwohl das Recht verbleibt, das Urtheil bei Gefahr im Verzuge in Erfüllung zu setzen und den Suspensiveneffekt zu versagen.

Was den Concursproceß betrifft, so stellt derselbe, abgesehen von der auf Sicherstellung der Masse gerichteten administrativen Thätigkeit des Gerichts, ein Conglomerat von Einzelproceßten dar, die nach den Regeln des ordentlichen Proceßes geführt werden. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die Vorschriften des Reichsrathsgutachtens von 1886, sowohl was den öffentlichen Vortrag, als die Appellation betrifft, auf den Concursproceß Anwendung finden. Als Ganzes genommen zerfällt er in das vorbereitende und das eigentliche Concursverfahren. Es sind dies zwei Proceßte, die nicht nur formell von einander getrennt, sondern auch ihrem Zweck nach vollkommen von einander verschieden sind. Ersterer hat die Frage über die Zulässigkeit des Concurses zum Gegenstand und wird durch das *decretum de aperiundo concursu* abgeschlossen, letzterer dagegen hat die Aufgabe sowohl die Liquidität als auch die Priorität der Forderungen festzustellen und wird durch das *Locationsurtheil*

(Classifications- oder Concursurtheil) erledigt. Beide Erkenntnisse sind daher Definitiverkenntnisse im Sinne des Reichsrathsgutachtens von 1886 und mit der Appellation anzufechten, wobei jedoch hervorzuheben ist, daß der Suspensiveffekt bei der gegen das decretum de aperiundo concursu erhobenen Appellation sich auf die Frage, ob der Concursproceß zu eröffnen sei, beschränkt, nicht aber auch auf die provisorischen Maßregeln zur Sicherstellung der Masse erstreckt. Die gleich nach Eröffnung des förmlichen Concurses erlassene Edictalcitation dagegen hat nur den Zweck den Passivbestand der Concursmasse für das künftige Locationsurtheil festzustellen und kommt daher dem in solcher Veranlassung erlassenen Präklusivbescheid nur die Bedeutung eines Zwischenbescheides zu, der nicht anders als in Verbindung mit der Appellation gegen das Locationsurtheil angefochten werden kann, falls nicht einer der im Art. 31 des Reichsrathsgutachtens von 1880 angeführten Fälle vorliegt, welcher die Sonderbeschwerde rechtfertigt oder falls nicht die Bedingungen für ein Restitutionsgesuch vorliegen (vgl. § 14). In dem Distributionsbescheid endlich erfolgt die Vertheilung der Concursmasse nach Anleitung des Concursurtheils. Derselbe hat somit die Vollstreckung des Urtheils zum Gegenstande und ist nach Art. 31 Pkt. 6 des Reichsrathsgutachtens von 1880 mit der Sonderbeschwerde angreifbar.

Den Proceß vor den Sondergerichten anlangend, so unterliegt derselbe nach der bereits angeführten Rechtsregel: *lex posterior generalis non derogat legi priori speciali* den Normen des Reichsrathsgutachtens von 1886 nicht. Dahin gehören: der Proceß bei dem Universitätsgerichte in Dorpat, bei den evangelisch-lutherischen Consistorien und bei den Bauergerichten. Hinsichtlich der letzteren tritt jedoch die Ausnahme ein, daß das Reichsrathsgutachten von 1886 in den höheren Instanzen allerdings zur Anwendung gelangt und zwar in dem Hofgerichtsdepartement für Bauersachen in Livland und in dem Bauerdepartement bei dem östlichen Landrathscollegium in Folge ausdrücklicher Vorschrift des Art. 39 des Reichsrathsgutachtens von 1886 und dem daselbst citirten Art. 316 des Provinzialrechts Bd. I., in Est- und Curland aber, weil daselbst die Bauersachen in höherer Instanz vor das Oberlandgericht, beziehungsweise vor das Oberhofgericht gehören und wie alle anderen Civilsachen verhandelt werden.

I. Gemeinsame Bestimmungen für die Gerichte erster und zweiter Ordnung¹⁾.

§ 6.

Fristsbestimmungen für das Erscheinen des Beklagten vor Gericht.

25²⁾. Dem Beklagten werden zum Erscheinen vor Gericht Fristen anberaumt von nicht längerer Dauer als: 1) von einem Monat, wenn er seinen Wohnsitz in Rußland hat, 2) von vier Monaten, wenn er sich im Auslande befindet und 3) von sechs Monaten, wenn sein Wohnort unbekannt ist. Zu der monatlichen Frist für das Erscheinen eines in Rußland wohnhaften Beklagten wird noch eine Versifrist hinzugeschlagen, indem bei gewöhnlichen Wegen auf fünfzig Werst, bei Eisenbahnstrecken aber auf dreihundert Werst je vierundzwanzig Stunden gerechnet werden. In den Fällen, wo nach den in den Ostseegouvernements geltenden Localgesetzen kürzere Fristen festgesetzt sind, bleiben diese letzteren in Kraft.

- a) Unter der dem Beklagten zum Erscheinen vor Gericht anzuberaumenden Frist (срокъ для явки въ судъ) versteht die Reichscivilproceßordnung von 1864 (Art. 299, 309 und 313) die in der Citation zum Proceß dem Beklagten zum Erscheinen, sowie zur Ueberreichung seiner Erklärung auf die Klage gewährte Frist. Für die Vornahme anderer Proceßhandlungen gilt sie nicht.
- b) Da in Livland nicht in Terminen, sondern in Fristen procedirt wird, so ergeht an den Beklagten keine Citation zum Erscheinen, sondern nur die Aufforderung sich binnen bestimmter Frist auf die Klage zu erklären.

1) In dem Art. 39 des Reichsrathsgutachtens von 1880 werden als gemeinsame Vorschriften für die Gerichte erster und zweiter Ordnung genannt die Art. 23—28, 31, 36 und 37.

2) Die zu Anfang eines §. mit Ziffern bezeichneten, durch besonderen Druck hervorgehobenen Stellen sind die Artikel der Reichsrathsgutachten vom 28. Mai 1880 und vom 11. October 1865, von denen die letzteren in die Zeile eingerückt sind.

- c) Nach der Constitution des livländischen Hofgerichts von 8. Mai 1669 sollten dem Beklagten im ordentlichen Verfahren, wenn er im Lande anwesend ist, eine sechswöchige und wenn er sich außerhalb Landes befindet, eine achtmonatliche Frist zur Erklärung auf die Klage gewährt werden. Diese beiden Fristen sind nunmehr auf einen, bezw. vier Monate zu beschränken und zwar müssen sie, da sie nach dem Gesetz nicht länger sein dürfen, sofort peremptorisch anberaumt werden.
- d) Die im Falle der Unbekanntschaft des Aufenthaltsortes des Beklagten mit einer Meldungsfrist von sechs Monaten zu erlassende Edictalladung ist nach der Reichscivilproceßordnung von 1864, Art. 295 in den St. Petersburger Senatsanzeigen, sowie in einer in Rußland herausgegebenen deutschen und einer französischen Zeitung zu publiciren. Die Frist wird berechnet vom Tage des Abdrucks der letzten Publication in den Senatsanzeigen (Art. 301 l. c. und Reichsrathsgutachten vom 28. Mai 1880 Art 29, siehe § 12).
- e) Die für den summarischen Proceß bestehenden kürzeren Fristen bleiben bestehen.
- f) Auf die speciellen Provocationen ex lege diffamari und ex lege si contendat, durch welche eine bestimmte Person auf Antrag des künftigen Beklagten zur Anstellung der Klage aufgefordert wird, sowie auf die generellen Provocationen oder Edictalcitationen, die im Concurse sowie im Executionsverfahren, wenn die Pfandgläubiger aufgefordert werden vor der öffentlichen Versteigerung der Pfandobjekte ihre Pfandrechte an denselben geltend zu machen (Prov. Recht Bd. III Art. 1428), wie nicht minder in vielen Fällen der unstreitigen Gerichtsbarkeit, wie z. B. im Falle des öffentlichen Aufgebots bei Uebertragung von Grundeigenthum zur Wahrung der Rechte dritter, zur Ermittlung der Erben und Erbschaftsgläubiger, über Testamente, über Stiftung und Aufhebung von Familiensfideicommissen, über Mortification von Schuldscheinen und Inhaberpapieren u. s. w. ergehen und die den Zweck haben, unbekannte Interessenten zur Anmeldung ihrer Ansprüche binnen bestimmter Frist zu veranlassen, findet das Gesetz keine Anwendung, weil die Provocaten nicht Beklagte in einem anhängig gemachten Proceße sind, sondern zur Anstellung einer Klage, beziehungsweise zur Wahrung ihrer Rechte aufgefordert werden.

Die öffentliche Schlussverhandlung.

91. Der Tag, an welchem eine Sache ihrem Wesen nach (по существу) zum Vortrag gelangen soll, ist durch Anschlag im Empfangszimmer des Gerichts eine Woche vor dem Vortrage bekannt zu machen. Auf dieser Bekanntmachung vermerkt der Präsident des Gerichts, im dirigierenden Senate aber der Oberprocureur, den Tag, an welchem die Bekanntmachung ausgehängt worden ist.

92. Der Vortrag der Sache besteht in einer mündlichen Darlegung des Sachverhaltes und im Vorlesen derjenigen Aktenstücke und Urkunden, welche wegen ihrer wesentlichen Bedeutung für die Sache ihrem wörtlichen Inhalte nach vorgetragen werden müssen.

93. Der Vortrag der Sache geschieht nach Bestimmung des Präsidenten durch eines der Gerichtsglieder oder den Secretair.

94. Die Parteien oder ihre Bevollmächtigten haben das Recht bei dem Vortrage der Sache zugegen zu sein und nach Schluß desselben mündliche Erklärungen abzugeben, jedoch dürfen sie dabei weder auf neue Thatfachen oder Beweismittel sich berufen, noch neue Ansprüche erheben, noch endlich die von ihnen bereits verlaublichen Ansprüche erhöhen oder wesentlich abändern.

24. Bei dem Vortrage der Sache können auch unbetheiligte Personen, soweit der Raum des Sitzungslocals es gestattet, zugegen sein, mit Ausnahme der Fälle, in welchen wegen der besonderen Beschaffenheit der Sache die Oeffentlichkeit der Sitzung für die Religion, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit anstößig sein könnte. In diesen Fällen kann das Gericht nach eigenem Ermessen oder auf Antrag des Procureurs beschließen, daß die Sitzung bei geschlossenen Thüren stattfinden soll. Die Gerichtssitzung kann auch dann bei geschlossenen Thüren stattfinden, wenn beide Parteien darum nachsuchen und das Gericht die Bitte für beachtenswerth erachtet. Die Verfügung des Gerichts wegen Verhandlung der Sache bei geschlossenen Thüren ist stets öffentlich zu verkünden und im Sitzungsprotocolle zu verschreiben.

96. Alle bei dem Vortrage Anwesenden sind verpflichtet die Regeln des Anstandes, der Ordnung und Ruhe zu beobachten und sich in dieser Beziehung den Anordnungen des Präsidenten ohne Widerrede zu fügen. Die Kundgebung irgend welcher Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung ist streng untersagt.

97. Der Präsident des Gerichts leitet die mündliche Verhandlung der Parteien, legt ihnen die zur Aufklärung der Sache nöthigen Fragen vor und schließt die Verhandlung, sobald er findet, daß die Sache genügend aufgeklärt sei.

98. Wenn der Anstand, die Ordnung oder Ruhe von den Parteien oder ihren Bevollmächtigten verletzt wird, so kann der Präsident dem Schuldigen eine Verwarnung oder einen Verweis ertheilen mit der Androhung, daß er im Wiederholungsfalle aus dem Sitzungslocale entfernt

und die Sache ohne seine mündlichen Erklärungen würde entschieden werden. Bei Wiederholung der Störung oder wenn diese von einer bei der Verhandlung der Sache nicht beteiligten Person ausging, wird der Schuldige auf Anordnung des Präsidenten aus der Sitzung entfernt.

99. Die mündlichen Erklärungen der bei dem Vortrage anwesenden Parteien oder ihrer Bevollmächtigten sind bei der Entscheidung der Sache in Erwägung zu ziehen.

a) Unter dem Vortrag einer Sache ihrem Wesen nach (по существу) ist nach der Ausdrucksweise des Reichsprocesses von 1864 (Art. 705) der Vortrag der Hauptsache (существо дела) im Gegensatz zu dem eines Nebenpunktes (частный вопрос) zu verstehen. Dem Wesen oder der Hauptsache nach kann aber ein Rechtsstreit erst am Schluß des Processes, vor Fällung des Definitivurtheils zum Vortragen gelangen. Hieraus folgt, daß eine öffentliche Verhandlung nur einmal in derselben Instanz vor Fällung des Endurtheils, niemals aber vor Fällung eines Zwischenbescheides stattfinden kann. Sie ist daher stets eine öffentliche Schlußverhandlung.

b) Nach vollständig durchgeführtem schriftlichen Proceß, der nicht etwa die Bedeutung eines vorbereitenden Verfahrens hat, sondern die Grundlage der Urtheilsfällung bilden soll, kann sich eine mündliche Schlußverhandlung selbstverständlich nur in sehr engen Grenzen bewegen. Weder darf, wie das Gesetz ausdrücklich hervorhebt, eine Aenderung der Klage oder der Einlassung vorgenommen werden, weil in Folge dessen an Stelle des bisherigen Processes ein neuer träte, noch dürfen bei dem präclusiven Charakter des Processes neue Einreden erhoben, noch überhaupt neue thatsächliche Behauptungen nach abgeschlossenem Beweisverfahren vorgebracht werden. Auch ein Antrag auf nochmalige Vernehmung bereits verhörter Zeugen behufs Beseitigung von Dunkelheiten oder Widersprüchen erscheint nach livländischem Landrecht ausgeschlossen, da ein solcher Antrag sofort nach Eröffnung der Scrutininien gestellt werden muß (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 137). Nur insoweit ist eine Verbesserung der Klage gestattet, als der Kläger dasjenige, was er re, loco oder causa zuviel gefordert hat, fallen lassen kann.

c) Nach den Motiven zu dem Art. 94 des Reichsrathsgutachtens von 1865 hat die öffentliche Schlußverhandlung vorzugsweise den Zweck: diejenigen Richter, welche die Akten nicht selbst gelesen haben, genauer mit dem Streitverhältniß bekannt zu machen, den Parteien Gelegenheit zu geben ihre Schriftsätze ausführlicher zu begründen

und die Richter auf die wesentlichen Punkte aufmerksam zu machen und etwaige Unklarheiten aufzuklären.

d) Die mündliche Schlußverhandlung ist ein Bestandtheil der öffentlichen Proceßordnung und können daher die Parteien nicht auf dieselbe verzichten. Ebenjowenig darf aber der Richter unterlassen den Parteien Gelegenheit zur Einreichung der Schlußschriften nach geführtem Beweise zu geben, da das schriftliche Schlußverfahren (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 55) nicht aufgehoben ist. Es läßt sich dabei freilich nicht verkennen, daß die Parteien, wenn sie ein schriftliches Schlußverfahren eingereicht haben, in den seltensten Fällen ein Interesse haben werden sich an der mündlichen Schlußverhandlung zu beteiligen.

e) Ob das Ergebnis der mündlichen Schlußverhandlung zu protokollieren sei, ist im Gesetz nicht gesagt. Es dürfte aber der Tendenz desselben entsprechen, nur dasjenige zu Protokoll zu nehmen, was festzustellen das Gericht selbst für nothwendig befindet oder die Parteien besonders beantragen, z. B. Geständnisse, Verzichte u. s. w. Dagegen muß im Protokoll verzeichnet werden: daß eine öffentliche Sitzung behufs Verhandlung der Sache stattgefunden hat oder, daß und weshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen war und ob die Parteien, bezw. welche von ihnen bei dem Vortrage der Sache anwesend gewesen ¹⁾ (vgl. Pkt. 4 der Regeln des Justizministers in der Beilage 1 zum RRG. v. 1886).

f) Obwohl das Fragerrecht dem Präsidenten zusteht, ist doch nicht zweifelhaft, daß auch die Glieder des Gerichts ihrerseits verlangen dürfen, daß der Präsident die ihnen nothwendig erscheinenden Fragen stellen oder ihnen sie zu stellen gestatte. Darüber, ob auch eine Partei die Vorlegung einer Frage an die Gegenpartei verlangen kann, ist vom Gericht im einzelnen Fall zu entscheiden ¹⁾.

g) Ueber die Ordnung der Zulassung von Privatpersonen zur öffentlichen Verhandlung sind von dem Justizminister mittelst der Circularvorschriften vom 11. und 12. October 1865 besondere Regeln erlassen ²⁾.

h) In nichtstreitigen Sachen geht den vom Richter von amtswegen oder auf einseitigen Antrag erlassenen Anordnungen oder Verfügun-

1) Gutachten der vom rigaschen Rathe niedergesetzten Commission, betreffend die Anwendung des Gesetzes vom 3. Juni 1886.

2) Vgl. die Beilagen zu der Ausgabe des RRG. von 1886 von Gassmann und von Dettingen.

gen eine öffentliche Schlußverhandlung nicht vorher, weil in solchen Sachen weder Parteien vorhanden sind noch Urtheile ergehen.

i) In summarischen Sachen ist bei der Verhandlung derselben in erster Instanz eine öffentliche Schlußverhandlung nicht anzuberaumen, weil das Reichsrathsgutachten von 1886 auf den summarischen Proceß in erster Instanz keine Anwendung findet. Gelangen solche Sachen aber mittelst der Appellation an das Gericht zweiter Instanz, so muß dem Appellationsurtheile daselbst eine öffentliche Verhandlung allerdings vorhergehen (vgl. § 5).

k) In Concursfachen geht eine öffentliche Verhandlung und Beschlußfassung nur dem decretum de aperiundo concursu und dem Locationsurtheil (Classifications- oder Concursurtheil) vorher (vgl. § 5).

§ 8.

Der Beschluß und das Urtheil und deren Bekanntmachung.

25. Nach dem Vortrage der Sache wird ein Beschluß (резолуция) des Gerichts gefaßt, welcher von dem Präsidenten oder in seinem Auftrage von einem Gliede des Gerichts niedergeschrieben, sowohl von dem Präsidenten, als auch von allen Gliedern, welche an der Feststellung desselben Theil genommen haben, unterschrieben und öffentlich verkündet wird, auch wenn die mündliche Verhandlung bei geschlossenen Thüren stattfand. Vom Augenblick der Unterzeichnung des Beschlusses an ist kein Richter berechtigt sein abgegebenes Votum zu ändern. Die Einreichung abweichender Meinungen, die bei Feststellung des Beschlusses verlaublich sind, ist nur bis zur Unterschrift des Urtheils (примение) zulässig.

26. In dem Beschlusse des Gerichts ist anzugeben: 1) Jahr, Monat und Datum der Gerichtssitzung, 2) die Namen der Gerichtsglieder, die an der Entscheidung der Sache Theil genommen haben, 3) Stand, Vor- und Familiennamen oder Beinamen der Parteien und 4) die Entscheidungsworte.

27. In verwickelten oder längere Berathung erheischenden Sachen ist es gestattet, die Feststellung des Beschlusses bis zur nächsten Sitzung aufzuschieben, was der Präsident des Gerichtes öffentlich verkündet.

100. Das Urtheil (примение) des Gerichts wird in das Protokoll eingetragen, welches enthalten muß:

- 1) die Angabe des Jahres, Monats und Datums, wann die Sache vorgetragen worden ist,
- 2) eine kurze Darlegung des Thatbestandes unter Hinweis auf die Anträge (требования) der Parteien,
- 3) die auf den Thatbestand und die Gesetze gestützten Entscheidungsgründe und
- 4) die Entscheidungsworte.

a) Das Urtheil ist der genauer ausgeführte, durch Hinzufügung des Thatbestandes und der Entscheidungsgründe ergänzte Beschluß (резолуция), der jedoch in den Entscheidungsworten mit dem Urtheil übereinstimmen muß, da den Gliedern des Gerichts die Aenderung ihres Votums nach Unterzeichnung des Beschlusses untersagt ist. Unter dem der mündlichen Schlußverhandlung und dem Beschluß nachfolgenden Urtheil (примение) ist stets ein mit der Appellation anfechtbares Endurtheil in der Hauptsache zu verstehen. Nur für ein solches braucht die Reichscivilproceßordnung von 1864 die Bezeichnung: применение. (Art. 705 und 743 des Reichscivilproceßes von 1864).

b) Der Beschluß ist den Parteien, falls sie der öffentlichen Verhandlung beigewohnt haben, zu publiciren. Das Urtheil dagegen pflegt den Parteien, da in Livland nicht in Terminen, sondern in Fristen procedirt wird, in vim publicati insinuiert zu werden (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 31).

c) In nichtstreitigen Sachen ergeht weder ein Beschluß noch ein Urtheil, da sowohl Beschluß als Urtheil einen unter Parteien stattgehabten Rechtsstreit voraussetzen.

d) In summarisch verhandelten Sachen findet in der ersten Instanz die Feststellung eines Beschlusses ebenso wenig, wie eine öffentliche Schlußverhandlung statt (vgl. § 7 Punkt i). Gelangen solche Sachen aber mittelst der Appellation an das Gericht zweiter Instanz, so kommen daselbst die Regeln über die Fassung des Beschlusses und des Urtheils allerdings zur Anwendung (vgl. § 5).

e) Im Concursverfahren geht eine Beschlußfassung dem decretum de aperiundo concursu und dem Locationsurtheil vorher (vgl. § 5).

§ 9.

Mittheilung der Urtheile an Kronsverwaltungen und an den Gouvernementsprocureur.

36. In Sachen der Kronsverwaltungen besteht für die Mittheilung der gerichtlichen Urtheile (примения) an diese Verwaltungen eine Frist von sieben Tagen, gerechnet vom Tage der Unterzeichnung des Urtheils durch das Gericht oder vom Tage der Publication desselben. Zur Vorstellung ihrer Berufung an die Gerichte ist den Kronsverwaltungen eine viermonatliche Frist gewährt.

Art. 123. Sachen, welche mit dem Interesse der Krone oder solcher Institutionen verknüpft sind, die als Beklagte gleiche Rechte mit der Krone genießen, gelangen nicht zur Durchsicht an die Gouverneure.

49. Urtheile (рѣшенія) der Gerichte zweiter Instanz in Civilsachen werden nur in folgenden Fällen dem Gouvernementsprocureur zur Durchsicht mitgetheilt:

- 1) in Sachen der Krone, sowie solcher Institutionen und Korporationen, die als Beklagte gleiche Rechte mit der Krone genießen,
 - 2) in Zuständigkeitsfragen und Kompetenzkonflikten,
 - 3) in Streitsachen wegen Fälschung von Urkunden und überhaupt in Fällen, wo in einer Civilsache Umstände zu Tage treten, welche der Prüfung des Criminalgerichts unterliegen und
 - 4) bei Gesuchen um Ablehnung der Richter.
- a) Zu den im Art. 36 des RRG. von 1880 genannten Sachen der Kronsverwaltungen gehören nach dem Art. 1282 der Reichscivilproceßordnung von 1864 alle Sachen, welche mit dem Interesse der Krone, des Appanagen- und Hofressorts und anderer Regierungs-Institutionen, Verwaltungen und Ressorts verknüpft sind, sowie Sachen der Klöster, Kirchen, Archiereihäuser und aller christlichen und muhamedanischen geistlichen Institutionen. Nach dem Gesetze soll die Mittheilung der gerichtlichen Urtheile an die Kronsverwaltungen binnen einer sieben-tägigen Frist a dato der Unterzeichnung des Urtheils durch das Gericht oder a dato der Eröffnung desselben erfolgen. Es ist aber nicht gesagt, wann der erste und wann der zweite Fall eintritt. In dieser Beziehung dürften folgende Gesichtspunkte maßgebend sein. Wird ein Rechtsstreit über ein Immobilien zwischen verschiedenen Kronsverwaltungen geführt, so ist nach dem im Swod der Reichsgesetze dargestellten Verfahren (Bd. X Abth. 2 Art. 722 der Ausg. von 1857 und Art. 584 der Ausg. von 1876) die Appellation ausgeschlossen, und gelangt das Urtheil auf dem Wege der Revision an die höhere Instanz. Es ist daher anzunehmen, daß in einem solchen Falle die Mittheilung des gerichtlichen Urtheils an die betreffende Kronsverwaltung binnen sieben Tagen a dato der Unterzeichnung des Urtheils, im Falle aber, wo eine Privatperson an dem Rechtsstreite theilhaftig ist, der das Recht der Appellation zusteht, binnen sieben Tagen a dato der Eröffnung des Urtheils erfolgen muß.
- b) Nach dem älteren Reichsrecht (Swod Bd. X Abth. 2 Art. 696 und 709 der Ausgabe von 1857) mußten die Urtheile in Sachen der Krone, sowie solcher Institutionen, die als Beklagte gleiche Rechte mit der Krone genießen, unter gewissen Voraussetzungen der Prüfung der Gouverneure unterlegt werden. Diese Vorschrift ist nunmehr durch den Art. 123 des RRG. von 1865 aufgehoben worden.

c) Den Gerichten erster Ordnung ist eine Mittheilung ihrer Urtheile an die Procuratur nicht vorgeschrieben. Die Gouvernementsprocureure und ihre Gehilfen haben aber das Recht die bei diesen, so wie überhaupt bei allen Gerichten in Verhandlung befindlichen Sachen zur Einsicht zu verlangen und ist insbesondere den Gouvernementsprocureuren zur Pflicht gemacht in Fällen, wo zu ihrer Kenntniß gelangt, daß eine Kreisinstitution die Gesetze über die Kompetenz und die Grenzen ihrer Amtsgewalt verletzt habe, entweder persönlich oder durch ihre Gehilfen bei dem betreffenden Gerichte die Wiederherstellung der verletzten Ordnung zu beantragen (RRG. von 1880 Art. 55 und 56). Die Gerichte zweiter Ordnung dagegen haben in den im Art. 49 des RRG. von 1880 angegebenen Fällen ihre Urtheile dem Gouvernementsprocureur zur Durchsicht mitzutheilen. In dem Gesetze ist aber nicht gesagt, welche Folge es habe, wenn der Procureur dem Urtheile des Gerichts nicht beistimmt und ebenso wenig, wann die Mittheilung des Urtheils an den Procureur in Sachen der Krone, sowie solcher Institutionen und Korporationen zu erfolgen habe, die als Beklagte gleiche Rechte mit der Krone genießen, ob vor oder nach der für diese Fälle vorgeschriebenen Mittheilung des Urtheils an die betreffende Kronsverwaltung. Es ist daher anzunehmen, daß in dieser Beziehung die Art. 1673—1678 des Provinzialrechts Bd. I maßgebend bleiben.

§ 10.

Beitreibung der Stempelsteuer.

37. Die Gerichte überwachen nicht selbst die Beitreibung der Appellationsstrafgelder und der Stempelsteuer, sondern machen, wenn sie eine solche Beitreibung verfügt haben, dem betreffenden Kameralhof darüber Mittheilung.

Die Appellationsstrafgelder sind ein Institut des älteren Reichsprocesses (Swod Bd. X Abth. 2 Art. 189 der Ausgabe von 1876) welches dem provinziellen Recht völlig unbekannt ist. Die Erwähnung desselben im Art. 37 des RRG. von 1880 erklärt sich daraus, daß dieser Artikel unverändert aus dem, für das Geltungsgebiet des Swod bestimmten RRG. von 1865, Art. 124, in das RRG. von 1880 übergegangen ist. Die beiläufige Erwähnung dieses Institutes kann aber die Einführung desselben in den Proceß der Ostseeprovinzen nicht zur Folge haben.

II. Besondere Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Gerichte erster Ordnung.

A. Die Appellation an das Hofgericht.

§ 11.

Voraussetzungen und Wirkungen.

Das Reichsrathsgutachten von 1886 enthält in Beziehung auf die Appellation über Decrete der Gerichte erster Ordnung nur einzelne abändernde Bestimmungen hinsichtlich des Verfahrens, und weist (Art. 30 des RRG. v. 1880, vgl. § 12) hinsichtlich der Voraussetzungen der Appellation ganz allgemein auf die Bestimmungen des Civilprocesses, also auch des bisherigen Processes, hin. Es folgt daraus, daß die bisher in Livland nicht nur in Beziehung auf das Verfahren, sondern auch in Beziehung auf die Voraussetzungen und Wirkungen der Appellation geltenden Vorschriften, soweit sie nicht ausdrücklich abgeändert sind, bestehen bleiben.

Als Voraussetzungen der Zulässigkeit der Appellation sind hiernach hervorzuheben:

1. Die Appellation muß von einer dazu berechtigten Person ergriffen sein (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 147).

2. Das Erkenntniß, gegen welches sie gerichtet ist, muß ein Endurtheil in der Hauptsache (přwemie) sein, da gegen alle anderen Erkenntnisse nur eine Beschwerde (vgl. § 14) zulässig ist.

3. Das Urtheil muß nach der Behauptung des Appellanten für ihn eine Beschwerde — gravamen — enthalten. Die Beschwerde kann aber nicht bloß in einem angeblichen Fehlgriff des Richters bei Beurtheilung des Rechtsstreites, sondern auch in einer Nichtigkeit des Verfahrens, sowie darin ihren Grund haben, daß der Appellant neue Beweismittel erlangt zu haben behauptet, durch welche er seine Deductionen besser als bisher begründen zu können vermeint (beneficium novorum, vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 57, 3 und § 64 Anm. 1).

4. Das Urtheil darf nicht bereits rechtskräftig geworden sein. Die Rechtskraft tritt aber bei appellablen Urtheilen ein, wenn die Appellationsfrist (vgl. § 12) abgelaufen ist, ohne daß eine Appellation eingereicht ist.

5. Das Urtheil darf nicht zur Zahl derjenigen gehören, in Beziehung auf welche die Appellation gesetzlich ausgeschlossen ist (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 57, 5). Dahin gehören:

a) Erkenntnisse, welche nur dasjenige aussprechen, was durch einen auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils geleisteten oder verweigerten Eid festgestellt ist, sowie Erkenntnisse, welche bloß eine formelle Anerkennung desjenigen enthalten, was unter den Parteien schon durch eine confessio in jure oder einen Vergleich festgestellt ist. Sie sind dagegen appellabel, sobald sie eine Entscheidung darüber enthalten, ob der Eid für geleistet oder für verweigert zu erachten, bezw. ob die Bestätigung des Geständnisses oder des Vergleichs auszusprechen oder zu versagen sei.

b) Contumacialerkenntnisse nach der Regel: contumax non appellat, vorausgesetzt, daß der Aufenthaltsort des ungehorsam Ausgebliebenen bekannt und er ordnungsmäßig zum Proceß geladen war und daß nicht etwa die Rechtmäßigkeit der Annahme des Ungehorsams oder die Richtigkeit der an den Ungehorsam geknüpften Folgen in Frage steht. Handelt es sich dagegen um den Ungehorsam einer Person, deren Aufenthaltsort unbekannt war und die daher ediktaliter hat geladen werden müssen (vgl. Art. 23 des RRG. von 1880 in § 6), so steht ihr die Appellation gegen das in Veranlassung ihres Ausbleibens ergangene Contumacialurtheil in Gemäßheit des Art. 29 des RRG. von 1880 (vgl. § 12) unbeschränkt frei.

c) Erkenntnisse in Sachen, bei denen Gefahr im Verzuge ist, insofern in solchen, summarisch zu verhandelnden Sachen, nicht die gewöhnliche Appellation, sondern die Appellation ohne Suspensiv-Effekt (salva satisfactione sententiae) vom Unterrichter nachzugehen ist. Dazu ist er aber befugt, weil die Vorschriften des Reichsrathsgutachtens von 1886 auf die Verhandlung summarischer Sachen in erster Instanz keine Anwendung finden (vgl. § 5). Nach livländischem Landrecht hatte sich zwar die Regel ausgebildet, daß an Stelle der Appellation ohne Suspensiv-Effekt die einfache Beschwerde (simplex querela) zu erheben sei. Letztere ist aber durch das Rechtsmittelsystem des Reichsrathsgutachtens von 1886 beseitigt (vgl. § 14) und kann keinesfalls durch die Sonderbeschwerde des neuen Gesetzes ersetzt werden, denn diese ist in streitigen Sachen niemals gegen Endurtheile, sondern nur gegen Zwischenbeschiede und gegen diese auch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zulässig, abgesehen davon, daß die Sonderbeschwerde dem Gegner des Beschwerdeführers das nicht zu versagende Recht entzieht, in zweiter Instanz eine Refutation einzureichen. Es bleibt daher nichts übrig, als auch für das livländische

sche Landrecht die bisher durch die einfache Beschwerde nur vertretene Appellation ohne Suspensiveneffekt wieder herzustellen.

- d) Der Gegenstand des Rechtsstreites muß, sofern er überhaupt in Geld schätzbar ist, die Appellationssumme erreichen. Ueber den Betrag und die Berechnung derselben vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 57, 6.

Die Wirkungen der Appellation bestehen in dem Devolutiv- und dem Suspensiveneffekt, insofern die Prüfung und Entscheidung der Sache auf den Oberrichter übergeht (vgl. § 13) und das Urtheil nach Vorschrift des Art. 29 des RRG. von 1880 (vgl. § 12) während der ganzen Dauer der Appellationsfrist nicht vollstreckt werden darf, mit Ausnahme des Falles, wenn in einer summarisch verhandelten Sache vom Unterrichter die Appellation ohne Suspensiveneffekt nachgegeben ist (vgl. § 5). Nach dem bisher geltenden Recht (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 152 fg.) war der Suspensiveneffekt an die Bedingung der Bestellung einer besonderen Bürgschaft für die künftige Erfüllung des Urtheils geknüpft. Diese Bedingung ist gegenwärtig auf Grund des Art. 29 des RRG. von 1880, welches eine Bürgschaft für die Urtheilserfüllung nicht kennt, durch die Publication des livl. Hofgerichts vom 17. November 1886 Pkt. 5 beseitigt worden¹⁾.

§ 12.

Das Appellationsverfahren bei dem Unterrichter.

28. Die Erklärung der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Urtheil, sowie die Ausreichung eines Appellationszeugnisses (defertur) sind aufgehoben.

29. Für die Einreichung der Appellationsbeschwerde werden folgende Fristen festgesetzt: für Personen, welche sich innerhalb der Grenzen des Reiches befinden — vier Monate, für im Auslande Befindliche aber — sechs Monate. Während der ganzen Dauer dieser Frist wird das Urtheil (решение) nicht vollstreckt. Die Frist wird berechnet: für die anwesende Partei vom Tage der Verkündung des Urtheils, für die abwesende aber vom Tage des Abdrucks der dritten Publikation in den St. Petersburger Senats-Bekanntmachungen. In denjenigen Fällen, wo durch die in den

1) Meiner Ansicht nach hätte die Bürgschaft für die Urtheilserfüllung nicht wegfallen sollen, da sie nicht ausdrücklich aufgehoben ist (vgl. § 2).

baltischen Gouvernements geltenden Localgesetze kürzere Fristen festgesetzt sind, bleiben die letzteren in Kraft.

105. Die Appellationsbeschwerde wird bei dem Gerichte eingereicht, welches das Urtheil gefällt hat.

30. Eine Appellationsbeschwerde, welche nach dem Klagewerthe, wegen Versäumung der Frist oder wegen Nichtbeachtung der Bestimmungen des Civilprocesses nicht zulässig ist, wird dem Appellanten von demselben Gericht, bei welchem sie eingereicht war, unter Angabe der Gründe der Nichtannahme zurückgegeben. In allen übrigen Fällen muß die Appellationsbeschwerde nicht später als sieben Tage nach Eingang derartiger Beschwerden von Seiten der anderen an der Sache beteiligten Personen oder nach Ablauf der für sie bestehenden Appellationsfristen, der höheren Instanz nebst der Originalakte vorgestellt werden.

34. Demjenigen, der eine Appellationsbeschwerde . . . eingereicht hat, wird auf Verlangen eine Bescheinigung über die Zeit der Einreichung erteilt, welche er im Falle einer Sonderbeschwerde über nicht rechtzeitige Vorstellung der Appellationsbeschwerde . . . (Art. 30 und 32 dieses Gesetzes und Art. 114 der Vorschriften vom 11. October 1865) gleichzeitig bei der Oberinstanz einreicht.

a) Nach dem bisher geltenden Proceßrecht hatte der Appellant zwei Fristen zu beobachten: Die Frist für die Anmeldung und die Frist für die Introduction und Justifikation der Appellation. Da die Anmeldung der Appellation und folgeweise auch die dafür geltende Frist beseitigt sind, so kann die durch das neue Gesetz festgestellte Frist für Einreichung der Appellationsbeschwerde nur mit der bisherigen Frist für die Introduction und Justifikation der Appellation verglichen werden. Diese letztere beträgt drei Monate und bleibt daher als die kürzere Frist für die im Inlande befindlichen Personen in Kraft. Dagegen kommen für die Kronsverwaltungen und für die im Auslande befindlichen Personen (vor- ausgesetzt, daß die letzteren nicht am Gerichtsorte durch einen Bevollmächtigten vertreten sind) die vom neuen Gesetz festgestellten Fristen von vier (vgl. § 9), bezw. von sechs Monaten in Anwendung, da es für diese Fälle im Provinzialrechte bisher keine besonderen Fristen gab.

b) Die Frist für die Einreichung der Appellation beginnt ihren Lauf: für die am Gerichtsorte anwesende oder daselbst gehörig vertretene Partei, wie bisher, mit dem Tage nach der Insinuation des Urtheils, für die abwesende Partei aber, d. h. eine Partei, deren Aufenthaltsort unbekannt ist und gegen die wegen ihres Ausbleibens in Folge der Ediktalladung (vgl. § 6, d) ein Contumacialurtheil ergangen ist, vom Tage des Abdrucks der dritten Publikation in den St. Petersburger

Senatsanzeigen. Für die Berechnung des Endpunktes der Frist bleiben die bisher geltenden Regeln in Kraft (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 58 Anm. 9 und § 26 Anm. 5).

c) Die Appellationsbeschwerde ist vom Appellanten bei demjenigen Gerichte, welches das gravirliche Urtheil gefällt hat, in duplo einzureichen (Publication des livl. Hofgerichts vom 17. November 1886 Pft. 2).

d) Von den bisherigen Appellationspräständen sind nicht aufgehoben und bleiben daher bestehen: der seitherige Appellationschilling (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 58 Anm. 4) und die Bürgschaft für die dem Appellaten etwa zu vergütenden Kosten (vgl. daselbst § 16). Der Appellationschrift ist daher der Appellationschilling, ausgenommen von der Armenpartei, sowie der Nachweis darüber, daß der Appellant die Bürgschaft für die etwa zu vergütenden Kosten bestellt habe oder daß er von der Verpflichtung dazu befreit sei, anzuschließen (Publication des livl. Hofgerichts vom 17. November 1886 Pft. 2 und 6). Dagegen ist der Appellant nicht mehr verpflichtet das angefochtene Urtheil der Appellationsbeschwerde beizufügen, die mundirten Akten judicis a quo einzureichen und den Nachweis der stattgehabten Erfüllung des angefochtenen Urtheils oder der Bestellung einer besonderen Bürgschaft für die künftige Erfüllung desselben zu erbringen (vgl. Publication des livl. Hofgerichts vom 17. November 1886 Punkt 3, 4 und 5).

e) Ihrem Inhalte nach besteht die Appellationschrift in dem Nachweis der Erfüllung der Appellationsformalien, in der Rechtfertigung des ergriffenen Rechtsmittels und in der Bitte um oberichterliche Abänderung des angefochtenen Urtheils. Beabsichtigt der Appellant seine Appellation durch einen neuen Beweis zu rechtfertigen, so muß er sich, wie bisher, zur Leistung des Eides erboten, daß er ohne sein Verschulden außer Stande gewesen sei die von ihm vorgebrachten neuen Beweismittel in der Unterinstanz geltend zu machen und um Zulassung zur neuen Beweisführung bitten (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 58 Anm. 19).

f) Wenn die Appellationsbeschwerde erst nach Ablauf der Appellationsfrist bei dem judex a quo eingeht oder wenn sie formwidrig ist oder hinsichtlich derselben andere processualische Normen außer Acht gelassen sind, ferner wenn die Appellation dem Werthe des Streitgegenstandes nach unzulässig ist, oder wenn der Appellationschilling nicht eingezahlt ist und endlich wenn die Bürgschaft für

die dem Appellaten etwa zu vergütenden Kosten nicht ordnungsmäßig bestellt ist, so hat judex a quo die Appellationsbeschwerde unter Angabe des Grundes der Nichtannahme dem Appellanten zurückzugeben (vgl. Publication des livl. Hofgerichts vom 17. November 1886 Pft. 7). Falls die Appellationsfrist noch nicht abgelaufen ist, kann der Appellant eine gemäß den Weisungen des judex a quo emendirte Appellationschrift einreichen.

g) Liegt für den judex a quo kein Grund für die Zurückweisung der Appellationsbeschwerde vor, so muß er dieselbe nicht später als sieben Tage nach Eingang der Appellationsbeschwerden von Seiten aller übrigen, an dem Proceße theilhabenden Personen, wie namentlich der Gegenpartei, des Intervenienten, des Auktors im Civitionsproceße, des Bürgen u. s. w. oder, wenn nicht alle Theilhabenden appelliren, nach Ablauf der für jeden von ihnen bestehenden Appellationsfrist zugleich mit den Originalakten dem Hofgerichte vorstellen.

h) Wegen ungerechtfertigter Zurückweisung der Appellationsbeschwerde, sowie darüber, daß die entgegengenommene Appellationsbeschwerde nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist dem Hofgerichte vorgelegt worden, ist dem Appellanten gestattet unmittelbar bei dem Hofgerichte eine Sonderbeschwerde einzureichen (vgl. § 19).

§ 13.

Das Appellationsverfahren bei dem Hofgerichte.

39. (Nach der Redaction von 1886.) In den Gerichten zweiter Instanz werden bei der Verhandlung der ihrer Kompetenz unterliegenden Sachen die in den Artikeln 23—28, 31, 36 und 37 dieses Gesetzes enthaltenen Regeln beobachtet.

a) Von den im vorstehenden Gesetze citirten Artikeln sind bei Verhandlung der an das Hofgericht gelangenden Appellationsachen die Art. 24—27 über die öffentliche Verhandlung, den Beschluß und das Urtheil, sowie der Art. 36 über Mittheilung des Urtheils an Kronsverwaltungen und Art. 37 über Beitreibung von Stempelsteuern in Berücksichtigung zu ziehen. Im übrigen bleibt das nach Eingang der Appellationsbeschwerde vom Hofgerichte bisher beobachtete Verfahren unverändert bestehen.

b) Hiernach gestaltet sich das Appellationsverfahren bei dem Hofgerichte im Wesentlichen in folgender Weise: das Hofgericht theilt das ihm von dem Untergerichte zugesandte Duplikat der Appellationsbeschwerde dem Appellaten, wenn er am Gerichtsorte anwe-

send oder daselbst vertreten ist, unmittelbar, oder wenn er abwesend ist, durch das Untergericht, welches den Rechtsstreit in erster Instanz verhandelt hat, zur Widerlegung (Refutation), beziehungsweise zur Erklärung auf die intendirte neue Beweisführung binnen peremptorischer Frist mit. Nach Eingang der Refutationschrift oder nachdem Appellat sich mit derselben präcludiren lassen, ordnet das Hofgericht eventuell die Ableistung des Eides an, zu welchem sich Appellant behufs Sicherstellung der Kosten des Gegners nach den dafür bestehenden Regeln (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht Seite 158 Pkt. 5) erbieten hat, womit dann, wenn nicht auf Zulassung zur neuen Beweisführung angetragen worden, das schriftliche Verfahren unter den Parteien geschlossen ist (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 161).

- c) Hat der Appellant um Nachgabe eines neuen Beweises gebeten, so kann der Appellat entweder Einwendungen gegen die Zulässigkeit desselben vorschützen oder in Ermangelung solcher sich den Gegenbeweis vorbehalten, da nach dem Grundsatz von der Gleichheit der Parteienrechte, der Probat befugt ist den neuen Beweisen des Probatanten mit Gegenbeweisen entgegenzutreten, ohne daß er sich zuvor zum Appellationsseide zu erbieten braucht. — Hat der Appellant eine neue Beweisführung nicht beantragt, so steht dem Appellaten nichts desto weniger das Recht zu, von seiner Seite um eine solche nachzusehen. In diesem Falle hat er sich in der Refutationschrift zum Eide zu erbieten und die Thatfachen, welche er besser als bisher geschehen, zu beweisen gedenkt, sowie die neuen Beweismittel zu bezeichnen. Ueber das Gesuch des Appellaten ist der Gegner zu hören. Wird die von einer Partei beantragte neue Beweisführung vom Richter denegirt, so ist damit das schriftliche Verfahren unter den Parteien geschlossen. Wird sie dagegen zugelassen, so ordnet der Richter die Ableistung des Eides von Seiten des Probatanten an, welcher zu beschwören hat, daß er ohne sein Verschulden außer Stande gewesen seine neuen Beweismittel in der Unterinstanz geltend zu machen. Nachdem der Eid geleistet worden, setzt der Richter die Frist für Antretung des Beweises mittelst Bescheides fest. Der Beweis wird nach den für die Unterinstanz geltenden Regeln ausgeführt. Dabei ist jedoch zu beachten, daß keine Beweise angetreten werden dürfen, welche in der Unterinstanz für desert erklärt oder rechtskräftig verworfen sind und daß insbesondere der Zeugenbeweis insofern sehr beschränkt ist, als Zeugen nicht über Thatfachen denominirt werden dürfen, über

welche in der Unterinstanz bereits Zeugen vernommen worden sind, sowie, daß in der Appellationsinstanz ein Additionalbeweis nicht gestattet ist. Die Aufnahme des Beweises überträgt das Hofgericht dem betreffenden Untergerichte. Nach Schluß des Beweisverfahrens wird den Parteien gestattet ihre Deduktionschriften zu übergeben (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 161—162).

- d) Sobald das schriftliche Verfahren der Parteien geschlossen ist oder falls ein solches überhaupt nicht stattgehabt hat, weil der Appellat sich mit seiner Refutation präcludiren lassen und vom Appellanten eine neue Beweisführung nicht beantragt worden, so ordnet das Hofgericht, da es sich bei der Appellation stets um ein Endurtheil in der Hauptsache handelt, die öffentliche Verhandlung an (vgl. § 7) und schreitet sodann zur Fassung des Beschlusses und Fällung des Urtheils (vgl. § 8). Ist eine Kronsverwaltung an der Sache betheiligt oder betrifft sie eine der im Art. 49 des RRG. von 1880 erwähnten Fälle (vgl. § 9), so ist das Urtheil vom Hofgerichte der betreffenden Kronsverwaltung, bezw. dem Procureur mitzutheilen.

- e) Hat sich der Appellat mit allen gerichtlichen Handlungen präcludiren lassen, so erkennt das Hofgericht nach Lage der Akten und mit Berücksichtigung der Ausführungen des Appellanten in der öffentlichen Schlußverhandlung, denn die appellantischen Beschwerden gelten in Folge des Ungehorsams des Gegners keineswegs als eingeräumt.
- f) Das Appellationsurtheil erkennt über die in der Appellationschrift geltend gemachten Beschwerden, — mögen diese einen angeblichen Fehler in der Beurtheilung oder einen Nichtigkeitsgrund zum Gegenstande haben, — sowie über die Kosten und spricht ganz oder theilweise entweder die Bestätigung oder die Reformation des angefochtenen Urtheils aus. Findet der Appellationsrichter bei Prüfung des Urtheils eine Nichtigkeit im vorausgegangenen Verfahren, so kassirt er dasselbe ganz oder theilweise und ordnet, wenn nöthig, eine Erneuerung oder Ergänzung der Verhandlung an.

B. Die Beschwerde.

§ 14.

Uebersicht.

Das Reichsrathsgutachten von 1886 erwähnt außer der Appellation, die ausschließlich zur Aufsechtung von Endurtheilen dient, nur noch das Rechtsmittel der Beschwerde. Dieselbe kommt in einer zweifachen

Gestalt vor und zwar als Sonderbeschwerde (частная жалоба), die nur in gewissen, im Gesetz ausdrücklich genannten Fällen zulässig sein soll und als Beschwerde in Verbindung mit der Appellation, die in allen übrigen Fällen zur Anwendung kommt. Es entsteht nun die Frage, worin das charakteristische Merkmal der Fälle besteht, in denen nach Art. 31 des Reichsrathsgutachtens von 1880 die Einlegung der Sonderbeschwerde, beziehungsweise der Beschwerde in Verbindung mit der Appellation vorgeschrieben ist. Aus der näheren Betrachtung derselben ergibt sich sogleich, daß sie nicht, wie im gemeinen und provinziellen Recht, nach der Art des Decrets, je nachdem es nämlich ein einfaches oder ein Decisivdecret ist, unterschieden werden. Ebenso wenig lassen sie sich danach unterscheiden, ob dem Richter ein Fehlgriff in judicando oder in procedendo zur Last gelegt wird. Die Beschwerde wird vielmehr nicht nur in diesen Fällen, sondern auch dann zugelassen, wenn es sich um Anordnungen und Verfügungen der Gerichte in nichtstreitigen Sachen, ja sogar auch dann, wenn es sich gar nicht um ein richterliches Decret, sondern um ein rechtswidriges Verhalten des Richters handelt, wie z. B. wenn er sich Säumigkeit zu Schulden kommen läßt. Das Gemeinsame aller dieser Fälle besteht allein darin, daß sie eine die Partei in ihren Rechten verletzende Handlung oder Unterlassung des Richters voraussetzen. Hieraus ergibt sich, daß die Beschwerde des neuen Gesetzes nach der Terminologie des gemeinen Processes kein Rechtsmittel im engeren oder eigentlichen Sinne ist, insofern sie nicht ausschließlich auf Abänderung einer die Partei in ihrer Stellung zur Gegenpartei benachtheiligenden richterlichen Verfügung gerichtet ist, (vgl. Bayer, Vorträge über den gemeinen ordentlichen Civilproceß S. 1006 und Weßell, System des ordentlichen Civilprocesses, 3. Aufl. S. 668 unten) sondern daß sie nur im weiteren oder uneigentlichen Sinne den Rechtsmitteln beigezählt werden kann, insofern sie in allen Fällen zur Anwendung kommt, in denen sich jemand, abgesehen vom Endurtheile, durch eine positive Handlung oder eine Unterlassung von Seiten des Gerichts verlegt erachtet (vgl. Bayer l. c. S. 1005 fg. und Weßell l. c. S. 664 fg.). Die Beschwerde des neuen Gesetzes absorbiert demnach die nachfolgenden nach livländischem Landrechte bisher gegen Zwischenbescheide in einem Proceß zulässigen ordentlichen und außerordentlichen Rechtsmittel und zwar: die Querel, die Wichtigkeitsbeschwerde, die einfache Beschwerde und die querela de protracta vel denegata justitia. Bestehen bleibt nur das nach livl. Landrecht für gewisse Fälle an Stelle der Restitution ausgebildete Rechtsmittel der Zurückgewinnung des Aberkannten, weil dasselbe nicht durch eine dem Richter zur Last gelegte

Handlung oder Unterlassung, sondern durch eine von der Partei selbst verschuldete Versäumniß von Fristen oder Terminen bedingt ist (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht S. 194 fg.).

§ 15.

Die Sonderbeschwerde.

31. Sonderbeschwerden sind in folgenden Fällen zulässig:

1. wegen Nichtannahme oder Rückgabe von Klageschriften und Appellationsbeschwerden,
2. über Verfügungen in Betreff der Zuständigkeit,
3. wegen Zurückweisung eines Antrages in Betreff der Ablehnung von Richtern,
4. wegen verweigerter Zulassung von Beweismitteln,
5. über Verfügungen wegen Sicherstellung der Klage (о обезпечении иска) wegen Administration eines streitigen Gutes (о завѣдывании спорнымъ имѣниемъ) oder wegen einzelner Anordnungen in dieser Beziehung,
6. über Anordnungen und Verfügungen in Betreff der Exekution des Urtheils,
7. wegen Säumigkeit bei Verhandlung der Sache,
8. wegen Rückgabe einer Sonderbeschwerde oder Nichtvorstellung derselben an die höhere Instanz,
9. über Anordnungen der Gerichte wegen Einsetzung eines Schiedsgerichts,
10. über Verfügungen, durch welche einer der Parteien das Armenrecht verweigert oder das ihr bereits gewährte Recht wieder entzogen oder ihr die Zahlung von Kosten auferlegt wird, welche wegen des Armenrechts nicht gefordert werden durften,
11. über Verfügungen, durch welche die Verhandlung des Processes bis zur rechtskräftigen Entscheidung eines anderen Processes oder einer Kriminalsache ausgesetzt oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkte hinausgeschoben wird,
12. wegen Verweigerung der Akteneinsicht oder der Ertheilung von Abschriften aus den Akten,
13. überhaupt über Anordnungen und Verfügungen der Gerichte in nichtstreitigen Sachen,
14. über das Verfahren des Gerichts bei Ausstellung und Beglaubigung von Urkunden und bei Einweisung in den Besitz,
15. überhaupt über Anordnungen und Verfügungen des Gerichts in solchen Sachen, die nicht im Appellationswege geprüft werden.

In allen übrigen Fällen können Beschwerden nur gleichzeitig mit der Appellation erhoben werden.

Nachdem der Reichscivilproceß von 1864 (Art. 783) den Grundsatz ausgesprochen hatte, daß Beschwerden über Zwischenbescheide regelmäßig mit der Appellation zu verbinden seien und nur ausnahmsweise in

gewissen Fällen eine sofortige Beschwerde zulässig sei, setzte das Reichsrathsgutachten von 1865 (Art. 110) die Zahl dieser Fälle auf 11, das Reichsrathsgutachten von 1880 aber auf 15 fest. Von diesen Fällen, von denen die sub N^{ris} 10 bis 13 speciell für die Ostseeprovinzen hinzugefügt worden sind, bedürfen einzelne einer näheren Erörterung und zwar:

- a) Der Punkt 5, betreffend die Sonderbeschwerde über Verfügungen wegen Sicherstellung der Klage, wegen Administration eines streitigen Gutes oder wegen einzelner Anordnungen in dieser Beziehung. Unter der Sicherstellung der Klage ist nicht etwa jede Maßregel wegen Sicherstellung der künftigen Execution des Urtheils, sondern ein dem Reichsrechte eigenthümliches Proceßinstitut zu verstehen, welches die Anordnung einer Administration des streitigen Gutes oder anderer dergleichen Maßregel zur Folge haben kann, dem Provinzialrecht aber durchaus fremd geblieben ist. Nach der Reichsproceßordnung von 1864, Art. 590 bis 652, ist es nämlich dem Kläger gestattet auf die Sicherstellung einer auf eine bestimmte Summe lautenden Klage bis zum Betrage der ausgeklagten Summe im Laufe der Verhandlung jedesmal anzutragen, wenn überhaupt Gründe für die Annahme vorliegen, daß die unterlassene Sicherstellung dem Kläger die Möglichkeit seiner Befriedigung entziehen könnte. Ueber den Antrag entscheidet das richterliche Ermessen. Dem Antrage muß aber Folge gegeben werden, wenn es sich um Beitreibung einer ingrossirten oder notariell beglaubigten Schuldburkunde handelt. — Am nächsten steht die Sicherstellung der Klage des Reichsrechts der cautio judicatum solvi des Provinzialrechts, wiewohl sie sich auch von der letzteren wesentlich dadurch unterscheidet, daß ein cautio judicatum solvi nur bei dem Vorhandensein einer bestimmten Gefahr, nicht aber auch schon bei der bloßen Möglichkeit der Vereitelung der künftigen Execution gefordert werden kann und daß sie niemals bloß deshalb bestellt werden muß, weil die Forderung auf eine ingrossirte oder notariell beglaubigte Urkunde gestützt ist. Völlig verschieden von der Sicherstellung der Klage ist die Arrestverfügung im summarischen Arrestproceß. Der Arrestantrag setzt keineswegs stets eine Klage voraus, er kann auch vor erhobener Klage gestellt werden und zwar nicht nur bei dem für die Hauptklage kompetenten Richter, sondern bei jedem Gericht, in dessen Bezirk sich der Schuldner aufhält oder dessen Sachen sich befinden. Zu seiner Begründung genügt nicht die bloße Möglichkeit einer Executionsvereitelung, sondern es muß eine unmittelbar drohende Gefahr

- der Vereitelung, sei es der künftigen Execution, sei es der Proceßeinleitung, nachgewiesen werden, die nur durch sofortiges executivisches Einschreiten abgewandt werden kann. Zu diesem Behufe beginnt der Arrestproceß, welcher zu den sog. irregulär-summarischen Proceßten gehört, sofort mit einer Executionsmaßregel, indem das Gericht, ohne den Schuldner gehört zu haben, den Arrest anlegt und erst, nachdem solches geschehen, den Justifikationstermin anberaumt, in welchem über Bestätigung oder Aufhebung des angelegten Arrestes verhandelt und entschieden wird.
- b) Der Punkt 9, betreffend die Anordnungen der Gerichte wegen Einsetzung eines Schiedsgerichts. Diese Vorschrift ist wörtlich dem für das Geltungsgebiet des Swod der Reichsgesetze bestimmten Reichsrathsgutachten vom 11. October 1865, Art. 110 Pkt. 10, entlehnt, obschon das Reichsrathsgutachten von 1880 speciell für die Ostseeprovinzen in Art. 50 eine abweichende, im Swod der Reichsgesetze Bd. II, Th. 1, Art. 667 § VII, Pkt. 45, Anm. (Ausgabe von 1876) enthaltene Bestimmung citirt, woselbst es heißt: zur Competenz der Gouvernementsregierungen in den Ostseeprovinzen gehören die Sachen, welche die Ernennung von Schiedsrichtern betreffen, falls die streitenden Theile übereingekommen sind, sich der Entscheidung des Schiedsgerichts zu unterwerfen, sich aber über die Wahl der Schiedsrichter nicht einigen können.
- c) Der Punkt 13, l. c. bezieht sich, wie bereits oben in § 4 dargethan worden, auf nichtstreitige Sachen im Sinne des gemeinen und provinziellen Rechts. Er spricht die Regel in Beziehung auf alle nichtstreitigen Sachen aus, worauf der folgende Punkt 14 noch einzelne nichtstreitige Sachen speciell erwähnt. Die besondere Erwähnung der letzteren erklärt sich daraus, daß sie im Art. 110 Punkt 9 des Reichsrathsgutachtens von 1865 genannt waren und daß sie von dort mit allen übrigen Vorschriften des Art. 110 l. c. in den Art. 31 des Reichsrathsgutachtens von 1880 herübergenommen sind, obschon ihre besondere Erwähnung nach der in dem Punkt 13 des letzteren Reichsrathsgutachtens ausgesprochenen Regel überflüssig erscheint.
- d) Der Punkt 15, welcher von Anordnungen und Verfügungen in solchen Sachen handelt, die nicht im Appellationswege geprüft werden, darf nicht auf alle Anordnungen und Verfügungen, die dem Endurtheile in einem Rechtsstreite vorausgehen und daher selbstverständlich so lange, als das Endurtheil nicht erfolgt ist, auch nicht im Appellationswege geprüft werden können, bezogen werden, weil bei der entgegengesetzten Annahme alle vor

Emanirung des Endurtheils getroffenen Anordnungen und Verfügungen des Gerichts ohne Ausnahme mit der Sonderbeschwerde anfechtbar wären und es daher der Aufzählung der im Art. 31 angeführten besonderen Fälle gar nicht bedurft hätte. Ebenso wenig können die dem Endurtheile nachfolgenden Verfügungen im Exekutionsverfahren gemeint sein, weil dieser bereits im Punkt 6 ausdrückliche Erwähnung geschehen ist. Ferner kann das Gesetz nicht Anordnungen und Verfügungen in Bagatellsachen, in denen die Appellation ausgeschlossen ist, im Auge gehabt haben, weil in diesen Sachen sowohl nach dem Reichsrechte als nach dem Provinzialrechte nicht nur das Endurtheil, sondern auch die Zwischenbescheide mit einem Rechtsmittel nicht anfechtbar sind (Svod Bd. X. Abth. 2 Art. 443 der Ausg. von 1876 und meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 59 Pt. 3). Endlich kann das Gesetz nicht auf unstreitige Sachen bezogen werden, weil diese bereits im Punkt 13 genannt sind. Nach den Motiven zum Reichsrathsgutachten von 1865, dem diese Bestimmung entlehnt ist, sind solche Sachen gemeint, welche nach einem besonderen Verfahren (частным порядком) verhandelt und nicht durch ein Enderkenntniß (решительным определением) erledigt werden. Als Beispiele werden die auf dem Wege des polizeilichen Verfahrens verhandelten Forderungs- und Spoliensachen (vgl. § 4) genannt. Da jedoch das polizeiliche Verfahren in den Ostseegouvernements keinen Eingang gefunden hat, alle streitigen Sachen aber daselbst durch ein Enderkenntniß erledigt werden, so kann der in Rede stehende Pkt. 15 auf den Proceß der Ostseeprovinzen überhaupt keine Anwendung finden.

§ 16.

Die Sonderbeschwerde über Verfügungen der Gerichte in Vormundtschaftsachen, sowie über Verfügungen der Gouvernementsregierungen und der Polizeibehörden in Justizsachen.

35. Die Artikel 31—34 des gegenwärtigen Gesetzes, sowie die Artikel 112, 114—117 und 120 der am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Regeln über den Proceß und die Geschäftsführung bei den Gerichten der früheren Organisation, gelten auch für die Sonderbeschwerden, welche über Verfügungen und Anordnungen der Gerichte in Vormundtschaftsachen, sowie über Verfügungen der Gouvernementsregierung und der Polizeibehörden in Justizsachen erhoben werden.

a) Dem vorstehenden Gesetze liegt der Art. 121 des Reichsrathsgutachtens von 1865 zu Grunde. Nach demselben sollten die Vor-

schriften über die Sonderbeschwerde nicht auf Anordnungen und Verfügungen der Gerichte erster und zweiter Ordnung beschränkt sein, sondern auch auf Anordnungen und Verfügungen der Gouvernementsregierungen und Polizeibehörden in Justizsachen und der adeligen Vormundschaftsämter und Waisengerichte ausgedehnt werden. Da es in den Ostseeprovinzen jedoch keine adeligen Vormundschaftsämter giebt, so hat das Reichsrathsgutachten von 1880, an Stelle der Verfügungen und Anordnungen der adeligen Vormundschaftsämter, die Verfügungen und Anordnungen der Gerichte in Vormundtschaftsachen erwähnt, obgleich es der besonderen Hervorhebung dieser Sachen insofern gar nicht bedurft hätte, als dieselben zu den bereits im Art. 31 Punkt 13 genannten unstreitigen Sachen gehören.

b) Der Gouvernementsregierung liegt nach Art. 372 Pkt. 4 des Provinzialrechts Bd. I die Ertheilung des Exekutionscommissum in den von den Landgerichten abgeurtheilten Rechtsachen über 30 Rbl. an Werth ob (vgl. meinen Civilproceß nach livl. Landrecht § 67). Außerdem hat sich aber in Anlehnung an den § 97 der Gouvernementsverordnung vom 12. November 1775 die Praxis in Livland ausgebildet, daß ein Executivproceß nicht nur bei den Landgerichten, sondern auch bei der Gouvernementsregierung angebracht werden kann, welche letztere sodann nach Beendigung des Executivprocesses sofort das Exekutionscommissum ertheilt.

c) Den Ordnungsgerichten stand nach Art. 411 Pkt. 37 und Art. 419 des Provinzialrechts Bd. I die Execution der Urtheile auf Requisition der Landgerichte, sowie die Aburtheilung geringfügiger Civilsachen zu, deren Gegenstand an Werth 15 Rbl. nicht überstieg. Den gegenwärtig reorganisirten Polizeibehörden ist jedoch die Befugniß geringfügige Civilsachen zu verhandeln, gänzlich entzogen und können bei denselben daher nur noch Executionen auf Requisition der Landgerichte vorkommen.

§ 17.

Wirkungen der Sonderbeschwerde.

31 (am Schluß) . . . Die Einreichung der Sonderbeschwerde hemmt weder die Verhandlung der Sache, noch die Ausführung der angefochtenen Verfügung, mit Ausnahme der Beschwerde über Bescheide in Betreff der Zuständigkeit und Sicherstellung der Klage, sowie über Zurückweisung eines Besuches wegen Ablehnung von Richtern.

a) Die Sonderbeschwerde hat stets den Devolutiveffekt, den Suspensiv-

oder eine Verfügung trotz eingelegter Sonderbeschwerde in Erfüllung gesetzt werden. Eine Ausnahme machen nur die Beschwerde über Bescheide in Betreff der Zuständigkeit der Gerichte, über Zurückweisung eines Gesuchs wegen Refusation des Richters und endlich die Beschwerde in Betreff der Sicherstellung der Klage, welche letztere jedoch, wie bereits oben (§ 15, a), nachgewiesen worden, dem livländischen Prozesse völlig fremd ist.

b) Nach dem Wortlaute des Gesetzes soll die „Einreichung“ der Sonderbeschwerde in den drei genannten Fällen den Suspensiv-Effekt zur Folge haben. Gleichwohl ist anzunehmen, daß der Suspensiv-Effekt nicht erst mit dem Moment der thatsächlichen Einreichung der Sonderbeschwerde, sondern schon von dem Augenblick eintritt, wo die Partei die Möglichkeit hatte die Sonderbeschwerde zu erheben d. h. also von dem Tage der Eröffnung des gravirlichen Bescheides (vgl. Reichsrathsgutachten von 1880 Art. 32 in § 18), denn sonst käme man zu dem Resultate, daß der Bescheid vom Richter sofort in Vollzug gesetzt werden könnte, daß die stattgehabte Vollziehung aber wieder rückgängig gemacht werden müßte, sobald eine Partei die Sonderbeschwerde gegen den Bescheid thatsächlich einreicht.

§ 18.

Die Frist für Einreichung der Sonderbeschwerde und Folgen der Verjüngung.

32. Sonderbeschwerden sind binnen Monatsfrist, gerechnet von dem Tage der Eröffnung der angefochtenen Verfügung einzureichen und, wenn diese nicht eröffnet wurde, binnen zwei Monaten gerechnet von der Zeit der Vollstreckung jener Verfügung. Hierbei bleiben in denjenigen Fällen, wo nach den in den Ostseeprovinzen geltenden Civilgesetzen kürzere Fristen festgesetzt sind, diese letzteren in Kraft. Die Einreichung der Beschwerde über Säumnigkeit ist an keine Frist gebunden.

a) Behufs Feststellung der Dauer der Frist für Einreichung der Sonderbeschwerde ist davon auszugehen, daß nach livländischem Landrecht Decisivdekrete mittelst der Querel, einfache Dekrete dagegen mittelst der einfachen Beschwerde anfechtbar waren. Von diesen beiden Rechtsmitteln war die einfache Beschwerde überhaupt an eine Frist nicht gebunden und ist daher die gegenwärtig an ihre Stelle getretene Sonderbeschwerde innerhalb der vom Reichsrathsgutachten vom 28. Mai 1880 Art. 32 vorgeschriebenen Frist zu erheben. Die Querel gegen ein Decisivdekret dagegen, welches von einem dem Hofgerichte direkt untergeordneten Gerichte erlassen war, mußte

zwar in einer kürzeren Frist, nämlich innerhalb vier Wochen oder 28 Tagen bei dem Hofgerichte justificirt werden. Diese Frist lief aber nicht vom Tage der Publication des anzufechtenden Erkenntnisses, sondern vom Tage der Anmeldung des Rechtsmittels, welche letztere binnen acht Tagen vom Tage der Publication des Erkenntnisses zu erfolgen hatte. Hiernach war die frühere Frist zur Einreichung der an das Hofgericht zu richtenden Quereljustifikation eine weitere, als die gegenwärtig für Sonderbeschwerden geltende Frist von einem Monat a dato der Publication des anzufechtenden Erkenntnisses. Demnach ist die Sonderbeschwerde, wenn sie die Stelle der früheren Querel vertritt, ebenso wie die Sonderbeschwerde gegen ein einfaches Dekret im Laufe eines Monats a dato der Publication des anzufechtenden Erkenntnisses einzureichen.

b) Ist die Frist für Einreichung einer Sonderbeschwerde versäumt worden, so entsteht die Frage, ob der betreffende Bescheid die Rechtskraft beschreitet oder ob er noch nachträglich durch die Beschwerde in Verbindung mit der Appellation angefochten werden kann? Diese Frage ist selbstverständlich auf solche Zwischenbescheide zu beschränken, die im kontradiktorischen Verfahren ergangen sind, weil nur Decisivdekrete, nicht aber auch einfache Dekrete die Rechtskraft beschreiten können. Nach dem neuen Gesetz nun beschreiten die Zwischenbescheide, auch wenn es Decisivdekrete sind, die Rechtskraft der Regel nach nicht. Denn handelt es sich um einen Zwischenbescheid, gegen welchen ein selbstständiges Rechtsmittel nicht gegeben ist, der vielmehr in Verbindung mit der Appellation anzufechten ist, so ist ein solcher der Rechtskraft nicht fähig, weil er, nachdem er sofort in Vollzug gesetzt worden, gleichwohl noch nachträglich bei Gelegenheit der Appellation gegen das Endurtheil abgeändert werden kann. Handelt es sich dagegen um einen Zwischenbescheid, gegen welchen die Sonderbeschwerde erhoben werden kann, so beschreitet auch dieser die Rechtskraft der Regel nach nicht, weil das Gesetz die Sonderbeschwerde in gewissen Fällen nur für zulässig erklärt, nirgends aber in solchen Fällen, wenn die Frist für die Sonderbeschwerde versäumt worden, die nachträgliche Anfechtung des betreffenden Bescheides mit der Beschwerde in Verbindung mit der Appellation ausschließt. Es versteht sich jedoch in Rücksicht auf den Grundsatz der Unabänderlichkeit der Decisivdekrete durch den Richter, welcher sie erlassen hat, von selbst, daß ein im kontradiktorischen Verfahren ergangener Zwischenbescheid für diejenige Instanz, welche ihn gefällt hat, bis

zu erfolgter Abänderung durch den Oberrichter bindende Wirkung hat. Eine Ausnahme von der Regel, daß Zwischenbescheide die Rechtskraft nicht beschreiten, machen die Bescheide in Betreff der Zuständigkeit und über Zurückweisung eines Gesuches wegen Ablehnung von Richtern, so wie in Betreff der, für das Provinzialrecht freilich irrelevanten Sicherstellung der Klage. Denn die Bescheide in den beiden ersten Fällen sind der Art, daß eine sofortige und allendliche Erledigung der denselben zu Grunde liegenden Streitfrage geboten erscheint, damit nicht, wenn eine nachträgliche Aufsehung des Bescheides in Verbindung mit der Appellation gegen das Endurtheil zulässig wäre, eine Zurückstellung der ganzen Sache an den Unterrichter behufs Neuverhandlung derselben eintreten müßte. Die Bescheide in dem letzten Falle bedürfen ebenfalls einer sofortigen und allendlichen Feststellung, weil es sich um tief in die Vermögensrechte des Beklagten eingreifende Maaßregeln handelt.

§ 19.

Das Verfahren.

112. Die Sonderbeschwerde ist bei demjenigen Gerichte einzureichen, gegen welches sie gerichtet ist.

33. Eine Sonderbeschwerde, welche nach Ablauf der festgesetzten Frist eingereicht worden oder bei deren Abfassung die nach dem örtlichen Civilproceß geltenden Regeln verletzt sind, wird dem Beschwerdeführer nicht später als binnen drei Tagen von demjenigen Gerichte, bei welchem sie eingereicht war, unter Angabe der Gründe der Nichtannahme zurückgegeben.

114. Hat das Gericht die Beschwerdeschrift angenommen, so übersendet sie dieselbe nicht später als zwei Wochen nach dem Empfang an die Instanz, deren Beprüfung die Beschwerde unterliegt, nebst der erforderlichen Erklärung, in welcher alle für die Beurtheilung der Beschwerde nothwendigen Umstände anzuführen sind.

115. Anstatt der Erklärung auf die Beschwerde kann die Verfügung, gegen welche sie gerichtet ist, im Original oder die ganze das Zwischenverfahren betreffende Akte vorgestellt werden, falls die Absendung der Verfügung oder der Akte den weiteren Fortgang der Sache nicht hemmt.

116. Eine Sonderbeschwerde über Säumigkeit, sowie darüber, daß die übergebene Appellations- oder Sonderbeschwerde nicht in der festgesetzten Frist dem zuständigen Gericht vorgestellt worden, desgleichen über Zurückweisung der Beschwerde, kann unmittelbar bei demjenigen Gericht angebracht werden, deren Beprüfung die Beschwerde unterliegt.

117. Auf die Beschwerde wegen Säumigkeit wird die erforderliche Erklärung von der Unterinstanz eingefordert.

34. Demjenigen, welcher eine Appellations- oder Sonderbeschwerde eingereicht hat, wird auf Verlangen eine Bescheinigung über die Zeit der Einreichung ertheilt, welche er im Fall einer Sonderbeschwerde über nicht rechtzeitige Vorstellung jener (Art. 30 und 32 dieses Gesetzes und Art. 114 der Vorschriften vom 11. October 1865) gleichzeitig bei der Oberinstanz einreicht.

120. Mit der Beschwerde über Rückgabe einer Appellations- oder Sonderbeschwerde muß die Beschwerdeschrift, auf welcher die Gründe der Zurückweisung vermerkt sind, vorgestellt werden. Eine Erklärung auf eine solche Sonderbeschwerde wird nur dann eingefordert, wenn das Obergericht nach Prüfung der Gründe für die Zurückweisung es nicht für möglich erachtet eine Entscheidung ohne Einziehung ergänzender Auskünfte zu treffen.

a) Die Beschwerdeschrift ist mit Beobachtung der im Art. 130 des Prov. Rechts Bd. I angegebenen Vorschriften abzufassen.

b) Nach dem Gesetz ist die Sonderbeschwerde zurückzuweisen, wenn dieselbe die Regeln des örtlichen Civilprocesses verletzt. Nach dem bisherigen Recht war eine Querel nicht nur dann, wenn sie nach Ablauf der Anmelddungsfrist eingereicht war oder wenn sie den formellen Erfordernissen nicht genügte, sondern auch in dem Falle unzulässig, wenn der Streitgegenstand nicht die summa appellabilis erreichte. Diese Regel ist um so mehr auch auf die Sonderbeschwerde anzuwenden, als dieselbe bei mangelnder summa appellabilis auch nach dem Reichsrechte unzulässig ist (Ewod Bd. X Abth. 2 Art. 443 der Ausgabe 1876 und mein Civilproceß nach livl. Landrecht § 59 Pkt. 3).

c) Das Verfahren verläuft regelmäßig in der Weise, daß die Sonderbeschwerde bei dem Gerichte erster Ordnung eingereicht wird, welches das angefochtene Dekret erlassen hat, und daß dieses die Beschwerdeschrift, falls keine Gründe vorliegen dieselbe zurückzuweisen, mit einer Erklärung über die für die Beurtheilung der Beschwerde nothwendigen Umstände oder unter Berufung auf die im Original beigelegte Akte dem Hofgerichte vorstellt. Eine Ausnahme von dem regelmäßigen Verfahren machen die Sonderbeschwerde wegen Säumigkeit, wegen Nichtbeförderung der Beschwerde an das Hofgericht innerhalb der vorgeschriebenen Frist und wegen Zurückweisung der Beschwerde. In diesen Fällen ist die Sonderbeschwerde unmittelbar dem Hofgerichte einzureichen, welches sodann die Beschwerde wegen Säumigkeit in jedem Fall, die Beschwerde wegen Zurückweisung derselben aber nur in dem Falle dem Untergerichte zusendet, daß das Hofgericht es nicht für möglich erachtet eine Entscheidung ohne Einziehung ergänzender Auskünfte zu treffen. Bei der

Beschwerde wegen nicht rechtzeitiger Vorstellung der Sonderbeschwerde an das Hofgericht bedarf es keiner weiteren Erklärung des Untergerichts, weil der Beschwerdeführer seiner Beschwerde die Bescheinigung über die Zeit der Einreichung der Sonderbeschwerde beifügen muß.

- d) Außer dem Untergerichte mußte bisher im Falle einer Querel auch der Gegner des Beschwerdeführers über dieselbe gehört werden. Für die Sonderbeschwerde besteht eine solche Vorschrift nicht und sieht daher das Hofgericht von einer Erklärung des Gegners ab.
- e) Eine öffentliche Schlussverhandlung vor Erlass des Bescheides über die Sonderbeschwerde ist vom Gesetz nicht vorgeschrieben.

III. Besondere Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Gerichte zweiter Ordnung.

A. Die Appellation an den Dirigirenden Senat.

§ 20.

Voraussetzungen und Wirkungen.

39. (Nach der Redaktion von 1886): . . . Appellations- und Sonderbeschwerden über Entscheidungen der Gerichte zweiter Instanz (Art. 315, 316, 464, 862, 1019 und 1297 Thl. I des Prov. Rechts) werden unter Beobachtung der in den Artikeln 447—456, 460, 470—472, 476, 477 Bd. X Thl. 2 der Ges. über Civilgerichtsverfahren und Beitreibungen, Ausgabe von 1876, enthaltenen Regeln bei dem Dirigirenden Senate angebracht.

- a) Nach dem bisher in Livland geltenden Proceßrecht war gegen die Entscheidungen der obersten Gerichte des Landes ausschließlich das durch die Gesetzgebung zur Zeit der schwedischen Herrschaft eigenthümlich ausgestaltete Rechtsmittel der Revision zulässig. Durch das Reichsrathsgutachten von 1886 ist nunmehr die Revision beseitigt und durch die im Reichsrechte ausgebildeten Rechtsmittel der Appellation und der Sonderbeschwerde an den Dirigirenden Senat ersetzt, wobei jede Bezugnahme auf das bisherige locale Recht unterblieben ist. Demnach kommen gegen Entscheidungen

des Hofgerichts, des Hofgerichtsdepartements in Bauersachen und der höchsten Bauergerichtsstanz auf der Insel Oesel die Appellation und die Sonderbeschwerde des Reichsrechts in unveränderter Gestalt zur Anwendung.

- b) Voraussetzungen der Zulässigkeit der Appellation an den Dirigirenden Senat sind:
 - a) das angefochtene Erkenntniß muß ein Endurtheil in der Hauptsache sein, weil gegen Zwischenbescheide die Sonderbeschwerde Platz greift (vgl. § 22, a). Das Endurtheil kann sowohl ein bei dem Hofgerichte in erster Instanz ergangenes, als ein Appellationsurtheil sein,
 - β) dasselbe darf nicht bereits die Rechtskraft beschritten haben,
 - γ) der Gegenstand des Rechtsstreites muß seinem Werthe nach wenigstens 600 Rbl. betragen (Pr. Recht Bd. I Art. 315). Eine Ausnahme machen die bei den Bauerdepartements verhandelten Sachen, welche zwischen Gutsheeren und Bauern aus Agrarverhältnissen entspringen. In solchen Sachen ist die Appellation ohne Beschränkung der Klagesumme zulässig (S. U. von 17. April 1879 Nr. 59510 und Patent der livl. Gouv.-Reg. vom Jahre 1870 Nr. 70).
- c) Das Rechtsmittel der Appellation hat sowohl den Devolutiveffekt in Folge dessen die Prüfung und Entscheidung der Beschwerde dem Dirigirenden Senate zusteht, als auch den Suspensiveffekt, insofern die Rechtskraft und die Vollziehbarkeit des angefochtenen Urtheils gehemmt wird (vgl. Swod Bd. X Abth. 2 Art. 460 in dem folgenden §).

§ 21.

Das Verfahren.

28. Die Erklärung der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Urtheil, sowie die Ausreichung eines Appellationszeugnisses (defertur) ist aufgehoben¹⁾.

Swod Bd. X Abth. 2 Art. 460 (Ausgabe 1876²⁾): Zur Einreichung der Appellationsbeschwerde werden bestimmt: für Personen, die sich innerhalb des Reiches befinden, vier Monate, für Personen aber, die sich im Auslande befinden, sechs Monate. Während dieser ganzen Zeit wird das Urtheil nicht in Ausführung gebracht. Diese Frist wird berechnet: für die anwesende Partei vom Tage der Verkündung des Urtheils, für die abwesende aber vom Tage des Abdrucks der dritten Publication in den Senats-Bekanntmachungen.

1) Vgl. Seite 11 Anm. 1.

2) Vgl. das Reichsrathsgutachten von 1880 Art. 39 auf Seite 38.

Dasselbst Art. 470. Die Appellationsbeschwerde wird bei dem Gerichte eingereicht, welches das Urtheil gefällt hat.

Dasselbst Art. 471. Die Appellationsbeschwerde wird von dem Appellanten dem Gericht entweder persönlich eingereicht oder durch die Post gleich allen anderen Gesuchen zugesandt, wobei hinsichtlich der in Haft befindlichen Partei die auf sie bezüglichen Regeln (Art. 153 l. c.¹⁾) zu beobachten sind. Zur Verhütung von Streit über die rechtzeitige Einreichung der Appellationsbeschwerde ist der Appellant verpflichtet selbst unter dieselbe Jahr, Monat und Tag der Einreichung zu verzeichnen. Dem Appellanten wird auf sein Ansuchen eine Bescheinigung über die Zeit der Einreichung der Appellationsbeschwerde ertheilt.

Dasselbst Art. 472: Die Appellationsbeschwerde muß nach der allgemeinen Form für Gesuche unter Beobachtung aller für dieselben geltenden Vorschriften (Art. 201—212, 224 und 225²⁾) verfaßt sein.

Dasselbst Art. 476. Der Appellant ist verpflichtet ein Succumbenzgeld (залогъ правой апелляціи) zu erlegen, wie weiter unten hinsichtlich der Gerichtskosten festgesetzt ist (Art. 1032 und 1033³⁾).

Dasselbst Art. 477. Eine Appellationsbeschwerde, welche nach dem Klagewerth, wegen Versäumung der Frist oder wegen Nichtbeachtung der in den Punkten 1—3, 6—11 und 13—16 des Art. 224⁴⁾ enthaltenen Vorschriften nicht entgegenzunehmen ist, wird dem Appellanten von demselben Gericht, bei welchem sie eingereicht ist, unter Angabe der Gründe der Nichtannahme zurückgegeben. In allen übrigen Fällen muß die Appellationsbeschwerde nicht später als eine Woche nach Eingang ebensolcher Beschwerden von den anderen an der Sache beteiligten Personen oder nach Ablauf der Appellationsfristen für sie, nebst den Originalakten dem Gerichte vorgelegt werden, deren Prüfung die Sache unterliegt.

1) Art. 153: In Haft befindliche Personen, die nach dem allendlichen Urtheil noch nicht ihrer bürgerlichen Rechte verlustig erkannt worden, können nicht nur durch Bevollmächtigte als Kläger oder Beklagte Prozesse führen, sondern auch selbst die hierzu erforderlichen Gesuche abfassen, mit der alleinigen Einschränkung 1) daß diese Gesuche sich ausschließlich auf ihr Vermögen und ihre persönlichen Rechte beziehen und 2) daß dieselben nicht anders an ihren Bestimmungsort abgefertigt werden, als nach Durchsicht derselben in den Kreisstädten durch den Kreisfiscal oder den Gehilfen des Gouvernements-Procureurs, in den Gouvernementsstädten aber durch den Gouvernements-Procureur und durch Vermittelung dieser Personen.

2) Vgl. § 23.

3) Art. 1032: Bei Devolvirung der Sache aus der ersten in die zweite Instanz sind sieben Rbl. fünfzig Cop., aus der zweiten Instanz an den Dirigirenden Senat sechzig Rbl. zu erlegen (Art. 476 und 497).

Art. 1033: Wenn die Appellation von mehreren an der Sache beteiligten Personen ergriffen wird, hat jede von ihnen das ganze Appellationsgeld (непосные деньги) zu erlegen. Ein Bevollmächtigter verschiebener, an einer Sache beteiligter Personen ist verpflichtet das Appellationsgeld für jede einzelne Person zu bezahlen.

4) Vgl. § 23, Seite 46 fg.

Reichsrathsgutachten von 1880 Art. 40. (Nach der Redaktion von 1886): Die im Art 477 Bd. X Abth. 2, Ges. über Civilgerichtsverfahren und Beitreibungen, Ausgabe von 1876, festgesetzte Frist für die Vorstellung der Appellationsbeschwerde nebst Akten an den Dirigirenden Senat, kann bis zu vier Woche verlängert werden, wenn mit der Appellation Uebersetzungen umfangreicher, in der Akte befindlicher Schriftstücke vorzustellen sind.

a) Die Frist von vier Monaten für die innerhalb des Reiches sich aufhaltenden und von sechs Monaten für die im Auslande befindlichen Personen beginnt für die am Gerichtsorte anwesende oder daselbst gehörig vertretene Partei mit dem Tage der Verkündung des Urtheils, für die Partei aber, deren Aufenthaltsort unbekannt und gegen die ein Contumacialurtheil ergangen ist, vom Tage des Abdrucks der dritten Publication in den St. Petersburger Senatsanzeigen (vgl. § 12, b) ihren Lauf. Für die Berechnung des Endpunktes der Frist bleiben die bisher geltenden Regeln in Kraft (vgl. meinen Civilproceß § 26 und Prov. Recht Bd. III Art. 3051 und 3052).

b) Dem Appellanten ist es gestattet die Appellationsbeschwerde persönlich dem Hofgerichte einzureichen oder durch die Post einzusenden. Der persönlichen Uebergabe ist jedenfalls die durch einen Bevollmächtigten oder Insinuationsmandatar gleichzuachten. Wann die Uebergabe der Appellationsbeschwerde an die Post zur Vermeidung einer Fristversäumnis erfolgen muß, ist im Gesetze nicht gesagt. Da jedoch die Uebergabe der Appellationsbeschwerde an die Post der persönlichen Einreichung derselben bei dem Gerichte gleichgestellt wird, so ist zu folgern, daß die Uebergabe an die Post noch rechtzeitig geschieht, wenn sie vor Ablauf der Frist, also noch am letzten Tage derselben, erfolgt.

c) Das einzige Appellationsprästandum besteht in der Erlegung eines Succumbenzgeldes im Betrage von sechzig¹⁾ Rbl. welches der Appel-

1) In dem auf der vorhergehenden Seite in der Anmerkung 3 zu Art. 476 citirten Art. 1032 des Swob Bd. X Abth. 2, geschieht auch eines Succumbenzgeldes im Betrage von 7 Rbl. 50 Cop. bei der Appellation über Urtheile der Gerichte erster Instanz Erwähnung. Da jedoch alle in Art. 39 des Reichsrathsgutachtens von 1880 (siehe § 20) genannten Artikel und unter diesen auch die Art. 476 und 1032 den Zweck haben die Appellation über Urtheile der Gerichte zweiter Instanz zu regeln, in den für die Appellation über Urtheile der Gerichte erster Instanz gegebenen Vorschriften aber eines solchen Succumbenzgeldes keine Erwähnung geschieht, so kann dem von dem letzteren handelnden Theile des Art. 1032 nicht die Bedeutung einer neuen Anordnung, sondern nur die einer gelegentlichen Bemerkung beigelegt werden.

lationsbeschwerde beizufügen ist. Dagegen kann vom Appellanten nicht, wie bisher vom Revisionsimpetranten, der Revisionsseid, die Sicherstellung der Erfüllung des angefochtenen Urtheils oder die Bestellung einer Kaution für die Kosten des Gegners gefordert werden. Nähere Bestimmungen über die Rückerstattung, beziehungsweise über die Verwendung der Succumbenzgelder enthalten die Art. 1035—1039 des Swob Bd. X Thl. 2, Ausgabe von 1876. Es ist im Gesetze jedoch nicht gesagt, was geschehen soll, wenn das Succumbenzgeld vom Appellanten nicht erlegt ist. Namentlich ist dieser Fall nicht als Grund der Rückgabe der Appellationschrift im Art. 477 I. c. (vgl. S. 40) genannt. Es ist daher anzunehmen, daß in einem solchen Falle gemäß Art. 37 des Reichsrathsgutachtens von 1880 (vgl. § 10) nur dem Kameralhof wegen Vertreibung des Succumbenzgeldes Mittheilung zu machen ist.

- d) Eine Rückgabe der Appellationsbeschwerde an den Appellanten von Seiten des Hofgerichts ist nur zulässig, wenn der Streitgegenstand nicht einen Werth von 600 Rbl. hat, wenn die Frist für Einreichung derselben versäumt ist und wenn die für das Gesuch vorgeschriebene Form nicht beobachtet ist. Ueber die Erfüllung dieser Vorschriften hat das Hofgericht von amtswegen zu wachen und fällt daher das Gehör des Gegners über die eingereichte Appellationsbeschwerde weg.
- e) Wegen unrechtfertiger Zurückweisung der Appellationsbeschwerde, sowie darüber, daß die entgegengenommene Appellationschrift nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist dem Senate vorgestellt worden, ist dem Appellanten gestattet, unmittelbar dem Senate eine Sonderbeschwerde einzureichen (vgl. § 22).
- f) Für das Verfahren bei dem Dirigirenden Senate gelten die Vorschriften des Reichsrechts, vgl. Swob Bd. X Abth. 2 Art. 495 bis 509, Ausgabe von 1876.

§ 22.

Die Sonderbeschwerde an den Dirigirenden Senat.

39. (Nach der Redaktion von 1886): In den Gerichten zweiter Instanz werden bei der Verhandlung der ihrer Kompetenz unterliegenden Sachen die in den Artikeln 23—28, 31, 36 und 37 dieses Gesetzes enthaltenen Regeln beobachtet. Appellations- und Sonderbeschwerden über Entscheidungen der Gerichte zweiter Instanz (Art. 315, 316, 464, 862, 1019 und 1297 Thl. I des Prov. Rechts) werden unter Beobachtung der in den Artikeln 447—456, 460, 470—472, 476, 477 Bd. X Thl. 2 des

Ges. über Civilgerichtsverfahren und Vertreibungen, Ausgabe von 1876, enthaltenen Regeln bei dem Dirigirenden Senate angebracht.

Swob Bd. X Abth. 2 Art. 447: Sonderbeschwerden sind binnen Monatsfrist, gerechnet von dem Tage der Eröffnung der angefochtenen Verfügung einzureichen und, wenn diese nicht eröffnet worden ist, binnen zweimonatlicher Frist, gerechnet von der Zeit der Ausführung der Verfügung. Die Einreichung der Beschwerde über Säumigkeit ist an keine Frist gebunden.

Dasselbst Art. 448: die Sonderbeschwerde wird bei demjenigen Gerichte eingereicht, gegen welches sie gerichtet ist.

Dasselbst Art. 449: Eine Sonderbeschwerde, die nach Ablauf der festgesetzten Frist übergeben ist oder bei deren Abfassung die von dem Gesetze vorgeschriebenen Förmlichkeiten verletzt sind (Art. 224¹⁾ Pkt. 1—3, 6—11, 13—16) wird dem Beschwerdeführer nicht später als nach 3 Tagen von dem Gerichte, bei welchem sie eingereicht war, unter Angabe der Gründe der Nichtannahme zurückgegeben.

Dasselbst Art. 450: Das Gericht, welches die Sonderbeschwerde entgegengenommen hat, sendet dieselbe nicht später als zwei Wochen nach deren Empfang an die Instanz, deren Prüfung die Beschwerde unterliegt, mit der erforderlichen Erklärung, in welcher alle zur Beurtheilung der Beschwerde nothwendigen Umstände darzulegen sind.

Dasselbst Art. 451. Anstatt der Erklärung auf eine Sonderbeschwerde kann die Originalverfügung, über welche die Beschwerde erhoben worden oder die ganze, das Zwischenverfahren betreffende Akte vorgestellt werden, wenn die Absendung der Verfügung oder der Akte den weiteren Fortgang der Sache nicht hemmt.

Dasselbst Art. 452. Eine Sonderbeschwerde über Säumigkeit oder über Nichtbeförderung der Appellations- oder Sonderbeschwerde an das zuständige Gericht binnen der festgesetzten Frist, desgleichen über Rückgabe einer Beschwerde, darf unmittelbar bei der Instanz eingereicht werden, deren Prüfung die Beschwerde unterliegt.

Dasselbst Art. 453: Auf eine Beschwerde über Säumigkeit wird die erforderliche Erklärung von der Unterinstanz eingefordert.

Dasselbst Art. 454: Demjenigen, welcher eine Appellations- oder Sonderbeschwerde eingereicht hat, wird auf seine Bitte eine Bescheinigung über die Zeit der Einreichung ertheilt, welche er im Falle einer Sonderbeschwerde über unterlassene Vorstellung jener binnen der in den Art. 450 und 477²⁾ festgesetzten Frist gleichzeitig der Oberinstanz einreicht.

Dasselbst Art. 455: Nach Eingang der im vorigen Artikel (454) erwähnten Sonderbeschwerde bei der höheren Instanz, wird dem Untergericht ein Befehl wegen unverzüglicher Vorstellung der nicht eingesandten Appellations- oder Sonderbeschwerde zugestellt, wenn sich bei Vergleichung der in der Bescheinigung angegebenen Zeit der Einreichung der Beschwerde mit der für die Vorstellung derselben gesetzlich anberaumten Frist ergibt, daß letztere bereits verstrichen ist.

1) Vgl. § 23, Seite 46 fg.

2) Vgl. § 21, Seite 40.

Dasselbst Art. 456: Der Beschwerde über Rückgabe einer Appellations- oder Sonderbeschwerde muß die betreffende Beschwerdeschrift, auf der die Gründe der Zurückweisung vermerkt sind, beigelegt werden. Eine Erklärung auf eine solche Sonderbeschwerde wird nur in dem Falle eingefordert, wenn die Oberinstanz nach Prüfung der Zurückweisungsgründe nicht für möglich erachtet ohne Einforderung ergänzender Auskünfte eine Entscheidung zu treffen.

- a) Voraussetzungen und Wirkungen der Sonderbeschwerde an den Dirigirenden Senat sind nach Art. 39 des Reichsrathsgutachtens von 1886 (siehe Seite 42, unten), welcher ausdrücklich auf den Art. 31 des Reichsrathsgutachtens von 1880 Bezug nimmt, dieselben, welche hinsichtlich der Sonderbeschwerde gegen Anordnungen und Verfügungen der Gerichte erster Ordnung angegeben sind (vgl. § 15—17).
- b) Die Frist für die Einreichung einer an den Senat gerichteten, dem Hofgerichte zu übergebenden Sonderbeschwerde beträgt stets einen Monat, gerechnet von dem Tage der Eröffnung der angefochtenen Verfügung oder, wenn diese nicht eröffnet worden ist, zwei Monate, gerechnet von der Zeit der Ausführung der Verfügung.
- c) Ueber die Beobachtung der Formalien hat das Hofgericht von amtswegen zu wachen.
- d) Das Verfahren bei dem Hofgerichte verläuft analog demjenigen, welches hinsichtlich der Beschwerden über Bescheide der Gerichte erster Ordnung zu beobachten ist (vgl. § 19 c).
- e) Für das Verfahren bei dem Dirigirenden Senat gelten die Bestimmungen des Reichsrechts (Svod Bd. X Abth. 2 Art. 492—494, Ausgabe von 1876). Aus denselben (Art. 492 verglichen mit dem daselbst citirten Art. 443) geht zugleich hervor, daß der Senat Beschwerden in Sachen, welche die Appellationssummen nicht erreichen, nicht entgegennimmt, ausgenommen, wenn es sich um Säumnigkeit der Verhandlung oder um unrichtige Abschätzung des Werthes der Sache handelt.

§ 23.

Form der an den Dirigirenden Senat zu richtenden Gesuche¹⁾.

Svod Bd. X Abth. 2, Art. 201 Ausgabe von 1876): In den bei Gericht einzureichenden schriftlichen Gesuchen ist Allem zuvor der Titel

1) Die nachfolgenden Artikel sind citirt in Art. 472 des Svod Bd. X Abth. 2. Ausgabe 1876, siehe § 21, S. 40.

Sr. Kaiserlichen Majestät an der Spitze des Besuches, in getrennten Zeilen, mit großen Buchstaben, richtig ohne Schreibfehler und Verbesserungen niederzuschreiben.

Anmerkung: Zu diesem Behufe ist Stempelpapier zu Gesuchen, mit gedrucktem Titel versehen, eingeführt.

Dasselbst Art. 202. In dem Allerhöchsten Titel müssen folgende Worte enthalten sein: Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster, Großer Herr und Kaiser, Selbstherrscher aller Ruessen, Allergnädigster Herr!

Dasselbst Art. 203. Nach dem Titel Sr. Kaiserlichen Majestät ist zu schreiben: es bittet (hier ist der Rang oder Stand des Bittstellers, sein Vor-, Vaters- und Zuname vollständig anzugeben), worin aber mein Besuch (oder meine Beschwerde) besteht, ergeben die folgenden Punkte, und alsdann ist Punkt für Punkt so klar zu schreiben, daß das in einem Punkte Gesagte sich nicht in einem anderen wiederholt und nicht eine Sache mit einer anderen vermengt werde.

Dasselbst Art. 204: Bei Darlegung der Sache nach Punkten muß deren wahre Beschaffenheit kurz und klar ausgeführt, die Klage wahrheitsgemäß nach Eides und Gewissenspflicht angegeben, nichts Ueberflüssiges und Nebensächliches hinzugefügt werden, auch dürfen keine Schmähworte gebraucht werden und sind die Gründe und Beweise anzugeben auf welche sich das Besuch stützt.

Dasselbst Art. 205: Nach Ausführung der Punkte und nach den Worten: bitte ich allerunterthänigst, ist zu schreiben: daß befohlen werde (hier ist anzugeben, warum gebeten wird), zum Schluß aber ist das Jahr, der Monat und das Datum anzugeben. Ist einzureichen (hier muß die Behörde genannt werden, welcher das Besuch oder die Beschwerde übergeben wird). Dieses Besuch hat geschrieben der und der, hat verfaßt der und der, d. h. es ist der Vorname, der Rang oder Stand und der Zuname zu bezeichnen. Diese Worte hat der Schreiber und Verfasser eigenhändig zu unterschreiben.

Dasselbst Art. 206: Hierauf muß der Bittsteller das Besuch nach Punkten in folgender Weise unterschreiben: Dieses Besuch (oder diese Beschwerde) hat der und der (hier ist genau der Vor-, Vaters- und Familienname und Rang oder Stand zu schreiben) unterzeichnet alsdann ist der Wohnort anzugeben und zwar in Städten: Stadttheil, Quartal, Nummer des Hauses und Name des Hausbesitzers, außerhalb der Städte aber: Gouvernement, Kreis und in dem letzteren der Flecken, die Ansiedelung, das Dorf, die Landstelle, das Gut u. s. w. An Stelle des Bittstellers kann, falls er schriftuntundig ist, derjenige das Besuch unterzeichnen, dem der Bittsteller solches anvertraut. Von Personen, die russisch nicht zu schreiben verstehen, werden Gesuche und andere Papiere, die der Regierung oder einem Gericht eingereicht werden, auch mit der Unterschrift in anderen Sprachen entgegengenommen, jedoch nur mit einem Translat in russischer Sprache. Ein solches Translat kann von jeder Privatperson, bei erforderlicher Attestation der Unterschrift durch die Ortspolizei oder den Notarius

veranstaltet werden (Vgl. Civilrecht Art. 708 Anm. 2, Beilage zum Art. 128).

Dasselbst Art. 207. In derselben Weise, wie im vorhergehenden (206) Artikel ausgeführt worden, hat der Kläger in seinem Gesuch auch den Wohnort des Beklagten anzugeben. Bei persönlichen Klagen und Klagen über bewegliches Vermögen ist der Bittsteller, falls ihm der Wohnort des Beklagten nicht genau bekannt ist, verpflichtet solches im Gesuch anzuführen und den letzten ihm bekannten Wohnort des Beklagten anzugeben. Bei Streitigkeiten über unbewegliches Vermögen muß der Kläger, falls ihm der Wohnort des Beklagten unbekannt ist, den Ort der Belegenheit des streitigen Immobils genau bezeichnen.

Dasselbst Art. 208. Der im Gesuch angegebene Wohnort des Bittstellers gilt als von ihm für die ganze Dauer des Rechtsstreites gewählt. Bei Veränderung dieses Wohnortes ist er verpflichtet dem Gericht rechtzeitig hierüber unter genauer Angabe seines neuen Wohnortes, gemäß Art. 206, zu berichten. Im Falle der Nichterfüllung dieser Vorschrift gelten alle Vorladungen und sonstige gerichtliche Mittheilungen, welche an den im Gesuch angezeigten Wohnort abgesandt werden, als ihm thatsächlich zugestellt.

Dasselbst Art. 209. Wenn an einer Sache mehrere Personen oder eine ganze Gemeinde (общество) theilnehmen, so wird das Gesuch im Namen Aller oder des Standes oder von ihrem Bevollmächtigten geschrieben.

Dasselbst Art. 210. Falls von mehreren Personen jede ein und denselben Gegenstand speciell für sich in Anspruch nimmt, so muß von jeder dieser Personen ein besonderes Gesuch geschrieben werden.

Dasselbst Art. 211. Bei Gesuchen in Betreff beweglichen Vermögens ist der Werth desselben genau anzugeben.

Dasselbst Art. 212. Bei Gesuchen in Betreff unbeweglichen Vermögens muß gleichfalls der Werth angegeben sein, wie viel dasselbe kostet und welche jährliche Einnahme von demselben erzielt werden kann.

Dasselbst Art. 224. Ein Gesuch wird nicht angenommen:

- 1) wenn sich im Allerhöchsten Titel ein Schreibfehler findet,
- 2) wenn es nicht in Punkte eingetheilt ist,
- 3) wenn es Schimpf- oder Schmähworte enthält,
- 4) wenn die Beweise nicht angegeben sind, auf welche es sich gründet,
- 5) wenn der Klagewerth nicht angegeben ist,
- 6) wenn es vom Bittsteller nicht unterschrieben oder nicht punktweise durchgeschrieben ist. Doch soll die Entgegennahme und Prüfung eines Gesuchs nicht verweigert werden, wenn nach den Worten: „bitte ich allerunterthänigst“ und vor den Worten: „daß befohlen werde“ und vor der Darlegung des Inhalts der Bitte, keine einzelnen Worte der Durchschrift enthalten sind, falls übrigens die Punkte in den anderen Absätzen des Gesuchs mit der eigenhändigen Durchschrift versehen sind und die Unterschriften den gesetzlichen Anforderungen entsprechen,
- 7) wenn der Rang, Stand und Name des Verfassers und Schreibers nicht angegeben sind,

- 8) wenn das Gesuch von einer Person verfaßt, von einer andern aber abgeschrieben ist und diese Verschiedenheit bei der Unterschrift nicht angezeigt ist, dieselbe vielmehr nur die Handschrift des Schreibers, sowohl für sich als für den Verfasser, enthält,
- 9) wenn in dem Gesuche nicht angegeben ist, wo dasselbe eingereicht werden soll.
- 10) wenn der Wohnort des Bittstellers nicht angegeben ist oder nicht, gemäß der Vorschrift des Art. 207, der gegenwärtige oder frühere Aufenthaltsorts des Beklagten oder der Ort, wo das streitige Immobil belegen ist, bezeichnet ist,
- 11) wenn es nicht auf dem verordneten Stempelpapier geschrieben ist,
- 12) wenn ihm nicht die Abschrift beigelegt ist, welche sowohl Kläger als Beklagte gemäß Art. 213¹⁾, in Streitsachen jedem Gesuche, jeder Erklärung, Rechtfertigung oder Entgegnung beizufügen verpflichtet sind,
- 13) wenn den dem Gesuche in Abschrift beigelegten Urkunden nicht noch besondere Kopien dieser letzteren mit Erlegung der Stempelsteuer beigelegt sind,
- 14) wenn den auf Grund von Vollmachten eingereichten Gesuchen die vorschriftsmäßigen Vollmachten nicht beigelegt sind, mit Ausnahme des in Art. 168 und in den Civilgesetzen Art. 2321²⁾ bezeichneten Falles. Wenn Appellationsbeschwerden die gesetzlichen Vollmachten aus dem Grunde nicht beigelegt sind, weil sich dieselben in den Originalakten befinden, so ist dieser Umstand unbedingt in dem Gesuche selbst anzugeben, widrigenfalls solche Gesuche nicht angenommen werden,
- 15) wenn das Gesuch außerhalb des Gerichts, in der Kirche, im Hause oder auf der Straße übergeben wird,

1) Art. 213: In Streitsachen haben Kläger und Beklagte bei Einreichung eines jeden Gesuchs, einer jeden Erklärung, Rechtfertigung oder Entgegnung so viele Abschriften derselben beizulegen, als streitende Theile vorhanden sind; die Gesuche oder Erklärungen, welchen keine Abschriften beigelegt sind, werden mittelst Aufschrift zurückgegeben.

2) Art. 168: Mündliche Vollmachten sind unzulässig mit Ausnahme derjenigen, welche ertheilt werden 1) zur Unterschrift irgend einer Schrift, falls der Vollmachtgeber wegen mangelnder Schriftkunde sie selbst zu unterzeichnen außer Stande ist, 2) zur Einreichung d. h. zur Abgabe irgend eines Gesuchs bei Gericht. Hierzu ist es genügend, wenn bei der eigenhändigen Unterzeichnung des Gesuchs gesagt wird, daß die betreffende Person zur Einreichung derselben bevollmächtigt wird.

Art. 2321 (Civilrecht Bd. X Thl. 1): Es ist gestattet zur Einreichung von Appellations- und Sonderbeschwerden bei den Behörden jemand ohne besondere Vollmachten zu autorisiren, indem nur bei der eigenhändigen Unterschrift des Gesuchs diejenige Person bezeichnet wird, welche man mit der Stellvertretung bei Einreichung des Gesuchs betraut; wenn jedoch jemand nicht allein mit der Einreichung von Gesuchen bei den Behörden, sondern auch mit der Verfolgung von Gerichts- oder Appellationsachen betraut wird, müssen besondere beglaubigte und mit Siegel versehene Vollmachten ausgestellt werden.

16) wenn das Gesuch nicht bei dem kompetenten Gerichte eingereicht wurde,

17) wenn dem Gesuche nicht in Grundlage des Art. 1030³⁾ die Poschlin beigelegt wurde.

Dasselbst Art. 225. Wenn das Gesuch nach erfolgter Prüfung sich als nicht annehmbar erweist, so kann es dem Bittsteller nicht anders, als mit einer die Zurückweisungsgründe enthaltenden Aufschrift zurückgegeben werden.

A n h a n g.

§ 24.

Die in den Quellen des livländischen Landrechts erwähnten nichtstreitigen Sachen.

Das Provinzialrecht der Ostseegouvernements enthält sehr ausführliche Bestimmungen über nichtstreitige Sachen und zwar handelt von den kodificirten Theilen desselben der dritte Band, das Privatrecht enthaltend, vorzugsweise von der Mitwirkung der Gerichte bei Rechtsgeschäften und der erste Band, die Behördenverfassung enthaltend, von der Kompetenz der Gerichte bei Verhandlung nichtstreitiger Sachen. In dem Folgenden soll eine Uebersicht über die in den Quellen für das Geltungsgebiet des livländischen Landrechts erwähnten Gegenstände der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach den in § 4 dargelegten Gesichtspunkten gegeben werden. Zu diesen Gegenständen gehört:

1. Die den Gerichten überwiesene obervormundschaftliche Fürsorge.

Die Ernennung von Vormündern und Kuratoren für die im Kreise wohnenden Personen, falls dieselben nicht vor die Universitäts-, Stadt- oder Bauergerichte gehören, sowie die Verhandlung aller Vormundschafts- und Kuratelsachen solcher Personen liegt den Landgerichten (Prov. Recht Bd. I Art. 369 Pkt. 4), die Oberaufsicht über alle Vormundschafts- und Kuratelsachen aber dem Hofgerichte als Ober-Landwaisengericht ob (Prov. Recht Bd. I Art. 311 Pkt. 4). Dem Hofge-

3) Art. 1030: Die Poschlinen werden von den bei Gericht eingereichten Gesuchen in Grundlage der in den Artikeln 450—463 des Poschlinen-Reglements dargelegten Regeln erhoben.

richte ist überdies übertragen: die Ertheilung der Genehmigung zum Verkauf von Immobilien, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehenden Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen und Wohlthätigkeitszwecken gehören und an Werth 300 Rbl. übersteigen (Prov. Recht Bd. III Art. 382, 495 und 2356) und endlich die Großjährigkeitserklärung Minderjähriger vor zurückgelegtem 21 Jahre auf Vorstellung des betreffenden Landgerichts (Prov. Recht Bd. III Art. 270 und 271). Vgl. noch unten 2, a.

2. Die Mitwirkung der Gerichte bei Abschließung von Rechtsgeschäften.

Eine solche kann nach Art. 2995 des Prov. Rechts Bd. III in dreifacher Weise stattfinden, indem der Richter das Rechtsgeschäft entweder selbst oder unter seiner direkten Vermittelung abschließt oder indem er das bereits abgeschlossene Rechtsgeschäft bestätigt oder endlich bloß eine über das abgeschlossene Rechtsgeschäft ausfertigte Urkunde beglaubigt.

a) Die Abschließung von Rechtsgeschäften vor dem Richter (Art. 2996—3001 des Prov. Rechts Bd. III) ist nach livländischem Landrecht unerlässlich: überall, wo das Interesse Unmündiger und überhaupt bevormundeter Personen im Spiele ist, namentlich bei der Veräußerung von Pupillengütern und bei der Einkindschaft, ferner bei der Veräußerung exequirter Sachen, sowie bei der Adoption und endlich bei der Entlassung der Kinder aus der elterlichen Gewalt. Der Abschließung des Rechtsgeschäfts muß eine Prüfung desselben sowohl hinsichtlich der äußeren Erfordernisse, als auch hinsichtlich des Inhaltes des Geschäfts durch den der Person der Parteien oder der Sache nach kompetenten Richter vorausgehen.

b) Die Bestätigung abgeschlossener Rechtsgeschäfte (Art. 3002—3020 l. c.) besteht der Regel nach in der Eintragung (Ingrossation) der über das Rechtsgeschäft aufgenommenen Urkunde in die bei den betreffenden Behörden zu diesem Zweck besonders geführten gerichtlichen oder öffentlichen Bücher, sowie in der Ausstellung eines Zeugnisses über die geschehene Eintragung. Nach den Bestimmungen der Behördenverfassung ist die Ingrossation von Schuldbokumenten und die Korroboration von Kontrakten über auf dem Lande belegene Immobilien, die nicht der Jurisdiktion der Bauerbehörden unterstellt sind, vom Hofgerichte zu vollziehen (Prov. Recht Bd. I Art. 311 Pkt. 9), mit Ausnahme jedoch der Ingrossation von Schuldverschreibungen bis zum Betrage von 30 Rbl., die dem

betreffenden Landgerichte obliegt (Prov. Recht Bd. I Art. 369 Punkt 9).

- c) Die gerichtliche Beglaubigung oder Vidimation (Prov. Recht Bd. III Art. 3021—3024) hat den Zweck über ein Rechtsgeschäft eine öffentliche Urkunde zu erhalten. Zur Beglaubigung von Urkunden, der eine Prüfung des Rechtsgeschäfts nicht vorausgeht, ist jede mit Civilgerichtsbarkeit versehene Behörde befugt, ohne Rücksicht darauf, ob sie die für die Person der Aussteller kompetente ist oder nicht. Auch ist es dem öffentlichen Notär gestattet Urkunden jeder Art mit Ausnahme von Vollmachten (vgl. Patent der kisl. Gouvernementsregierung vom Jahre 1835 Nr. spec. 61) zu vidimiren. Nach Landrecht steht es daher sowohl dem Hofgerichte als den Landgerichten zu, Unterschriften unter Urkunden aller Art und Abschriften solcher Urkunden zu beglaubigen (Prov. Recht Bd. I Art. 311 Pkt. 5 und Art. 369 Pkt. 7).

3. Nächst der Mitwirkung bei Rechtsgeschäften ist den Gerichten auch bei anderen Rechtsangelegenheiten nichtstreitiger Art eine Mitwirkung übertragen, die ebenfalls Sicherung der Privatrechte in Fällen zum Zwecke hat, wo es bloß auf Ordnung und Befestigung jener Rechtsangelegenheiten im Einverständnisse mit den Betheiligten ankommt. Dahin gehören:

- a) die sowohl dem Hofgerichte als den Landgerichten zustehende Ausstellung von Notariatsinstrumenten, mit alleiniger Ausnahme der den Stadtgerichten vorbehaltenen Wechsel- und Seeproteste (Prov. Recht Bd. I Art. 311 Pkt. 5 und Art. 369 Pkt. 7),
- b) die den Landgerichten obliegende Versiegelung und Inventur des auf dem Lande belegenen Vermögens (mit Ausnahme jedoch desjenigen, welches Personen gehört, die unter Gerichtsbarkeit der Bauerbehörden stehen), sowie die Versiegelung und Inventur des beweglichen Vermögens von Personen, die in den Städten wohnen, ihren persönlichen Gerichtsstand aber vor den Landesbehörden haben (Prov. Recht Bd. I Art. 369 Pkt. 10),
- c) die den Landgerichten zustehende Bezeichnung der Grenzen der im Kreise belegenen Grundstücke in der Natur und die Einweisung (Immission) in den Besitz derselben und die Ausweisung (Exmission) aus denselben (Prov. Recht Bd. I Art. 369 Pkt. 11 und 12),
- d) die ebenfalls von den Landgerichten auszuführende Mortifikation verlorener Schuldscheine und Inhaberpapiere (Prov. R. Bd. III

Art. 3540 und 3128), sowie die gerichtliche Todeserklärung eines Verschollenen (Bd. III l. c. Art. 524),

- e) die dem Hofgerichte zustehende öffentliche Versteigerung unbeweglichen Eigenthums auf dem Lande, außer wenn dasselbe den Bauergerichten unterstellt ist (Prov. R. Bd. I Art. 311 Pkt. 8). Die öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen, welche in gewissen Fällen nicht anders als auf diesem Wege verkauft werden dürfen (Prov. R. Bd. III Art. 3947), wird in der Regel von den Landgerichten bewerkstelligt.
- f) Das dem Hofgerichte kompetirende Erlassen von Aufforderungen und die Anordnung aller gesetzlichen Maßregeln in nichtstreitigen Nachlaß-, Testaments- und Erbtheilungssachen von Edelleuten (Prov. Recht Bd. I Art. 311 Pkt. 7). Außerdem liegt dem Hofgerichte auch noch der Erlass von Proklamen über die stattgehabte Korroboration von Rechtsgeschäften ob, durch welche dingliche Rechte an auf dem Lande belegenen Immobilien erworben werden sollen (Prov. Recht Bd. III Art. 3004 und 3019), sowie über die Errichtung oder Aufhebung eines Familienfideicommisses (Prov. Recht Bd. III Art. 2532, 2538 und 2576).

§ 25.

Fortsetzung.

In dem Art. 369 des Provinzialrechts Bd. I werden noch zwei Fälle erwähnt, die jedenfalls in das bisher zu Grunde gelegte System nicht passen und deren Zugehörigkeit zu den nichtstreitigen Sachen daher in Zweifel gezogen ist, nämlich in Pkt. 5 l. c. die Verhandlung aller Sachen wegen gestörten Besizes und wegen Herstellung dadurch verletzter Rechte und in Pkt. 6 l. c. die Verhandlung aller nichtstreitigen Schulforderungen, deren Gegenstand an Werth 30 Rbl. S. nicht übersteigt. Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden¹⁾ daß diese Fälle nicht etwa auf den Besitzproceß und den Proceß wegen Forderungen unter 30 Rbl. an Werth, sondern auf die Vollstreckung eines in solchen Sachen ergangenen Endurtheils, durch welches sie unstreitig geworden, zu beziehen sei. Diese Interpretation wird wesentlich dadurch unterstützt,

1) Seraphim, der Einfluß des Allerhöchst bestätigten Reichsrathsgutachtens vom 3. Juni 1886 auf die summarischen Prozesse etc. § 20, 3 und dessen Schlußwort etc. S. 7.

daß der russische Text des Pft. 6 l. c. ausdrücklich die Beitreibung (производство взыскания) von Schuldforderungen unter 30 Rbl. an Werth hervorhebt. Der Umstand, daß rechtskräftige Urtheile nur in den genannten beiden Fällen zu den unstreitigen Sachen gezählt werden, erklärt sich daraus, daß die Landgerichte ausschließlich in diesen beiden Fällen befugt sind das rechtskräftig ergangene Urtheil sofort zu vollstrecken und zwar in Beziehung auf Besitzstreitigkeiten, weil diese eine besonders schnelle Erledigung erheischen und in Beziehung auf Forderungen unter 30 Rbl. an Werth, weil in diesen Sachen die Appellation ausgeschlossen ist, wogegen in allen anderen Sachen die Urtheile der Landgerichte nicht anders in Vollzug gesetzt werden dürfen, als nach Exportirung eines Executionscommissum der Gouvernementsregierung (Prov. Recht Bd. I Art. 372 Pft. 4).

